

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1928

261 (6.6.1928) Morgenausgabe

Rheinlandtagung der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft.

U. Köln, 5. Juni. Auf der Rheinlandtagung der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft auf der „Presse“ in Köln begrüßte Gouverneur z. D. Dr. Schöne, M. d. R., in seiner Eigenschaft als Präsident des Bundes der Auslandsdeutschen die Erschienenen. In wenigen Worten wies er auf die Bedeutung der Auslandsdeutschen als Außenposten der deutschen Wirtschaft hin. Die Beurteilung Deutschlands und der Deutschen durch die öffentliche Meinung fremder Nationen werde wesentlich mitbestimmt durch die Haltung und Einschätzung der unter ihnen lebenden Auslandsdeutschen. Davon hänge wiederum die politische Stellung Deutschlands in der Welt mit ab. Aber auch unmittelbar werde diese in hohem Maße beeinflusst durch das Vorhandensein eines mit der Heimat durch Bande des Blutes, der Sprache und der Kultur verbundenen Auslandsdeutschtums. So bringe die gemeinsame Tagung des Bundes der Auslandsdeutschen und der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft auf der „Presse“ die Beziehungen, welche die Auslandsdeutschen mit der Weltwirtschaft und der durch die Presse verkörperten öffentlichen Meinung der Welt verknüpfen, in glücklicher Weise zum Ausdruck.

Bei der Behandlung der organisatorischen Fragen im Zusammenhang mit dem Weltwirtschaftsforum und Presse, umschloß Dr. Kofcher die Aufgaben des Staates und des Völkerbundes und beleuchtete die Konzentrationsbestrebungen im technischen Nachrichtenwesen und im Pressewesen.

Geh. Kommerzienrat Dr. Louis Hagen, Präsident der Industrie- und Handelskammer Köln betonte, der Großhandel sei durch vielfache direkte und indirekte Beziehungen zwischen Industrie- und Einzelhandel stark rebuziert und mache gegenwärtig eine mehr oder minder große Krise durch. Er hoffe, daß es gelingen werde, namentlich durch Förderung der anhaltend sich entwickelnden Verkehrsverhältnisse, aber auch durch die Funkentelegraphie und Telephonie, den Weltverkehr mit den überseeischen Ländern zu heben und dadurch auch dem Großhandel zur Hilfe zu kommen.

Direktor Dr. Dalberg-Berlin sprach über „Auslandsansichten und Reparationen“. Es sei geboten, die von öffentlichen Stellen aufgenommenen Anleihen auf die Zweckmäßigkeit der Anleiheverwendung aufs ernfeste zu kontrollieren, um bei kommenden Verhandlungen über die Daweslasten Einwendungen zu begegnen, die gerade der deutschen öffentlichen Wirtschaft eine zu lockere Finanzgebarung vorwerfen.

Der Appell des Stahlhelms.

Hamburg, 4. Juni. Den Höhepunkt der Stahlhelmkundgebung in Hamburg bildete der große Appell im Hamburger Stadtpark. Unter den Klängen des Bundesliedes und lebhaften Front-Hellrufen schritten die Bundesführer Selbte und Düsterberg die Front ab. Der Feldgottesdienst wurde mit dem gemeinsamen Gesang des Choral „Wir treten zum Beten“ eingeleitet. Ein evangelischer und ein katholischer Geistlicher legten ihren Predigten das Wort „Herr mach uns frei“ zu Grunde. In seiner Begrüßungsansprache wies Bundesführer Selbte darauf hin, daß zu gleicher Stunde in Königsberg zehntausende von Stahlhelmen amarschiert seien, während nach Hamburg 125000 Stahlhelmangehörige gekommen seien, womit der Welt bewiesen sei, daß der alte deutsche Kameradschaftsgeist noch lebe. Mit den Worten: „Für die Freiheit im Staat, in der Welt, in der Arbeit, in der deutschen Seele“ schloß Selbte die Ansprache. Dann wurde die Stahlhelmhymne verlesen, deren wesentlichen Inhalt wir bereits veröffentlicht haben. Der zweite Bundesführer Düsterberg gab den Versammelten die Mahnung mit auf den Weg: „Rehrt neu angefeuert in die Heimat zurück, rüchelt die Leuen, die Frauen auf, damit das deutsche Volk ermahle!“ Mit dem Deutschlandlied fand die Feier ihren Abschluß. Daran schloß sich ein Vorbeimarsch, der fast vier Stunden dauerte.

Verbotene Mitgliedschaft.

Berlin, 5. Juni. (Funkpruch.) Von zukünftiger Stelle wird bestätigt, daß der Reichswehrminister Groener eine Verfügung erlassen hat, nach der alle Angehörigen der Reichswehr und der Reichsmarine, die bisher dem „Kaiserlichen Nachtclub“ in Kiel angehört, ihren Austritt aus dem Club bis Mitte ds. Mts. zu vollziehen haben. Der Reichswehrminister hat die Befehle erlassen, nachdem der Club es abgelehnt hatte, sich in Zukunft „Deutscher Nachtclub“ zu nennen. Die Herausgabe der Verfügung ist in diesem Augenblick erfolgt, weil Ende Juni die Kieler Woche stattfindet und die Angehörigen der Reichswehr und Reichsmarine dann nicht mehr Mitglieder des Clubs sein dürfen.

Annie Dauthendey.

Von

Elisabeth Darge.

Als im vergangenen Jahr des 60. Geburtstages von Max Dauthendey gedacht wurde, fiel sie und da auch ein Wort über seine Witwe, Frau Annie, die, verstorben in der Einsamkeit ihrer schwedischen Heimat, dem Leben fern gerückt schien. Und doch kennt sie jeder, der Dauthendey liebt. Denn für sie hat er die über tausend herrlichen Liebesgedichte, die jarten, lehrnützlichen Novellen und vor allem die Briefe und Tagebücher der „Lezten Reise“ geschrieben, die schon so, daß gewiß keine Frau sich rühmen kann, einen ähnlichen Schatz zu besitzen. Daß diese Ehe zerbrach, durch den getrennt wurde, der den auf einer Weltreise begriffenen Dichter unter heißer Tropenhitze festhielt und sein heimwehtrankes Herz brach, — das erscheint dem, der die „Lezte Reise“ liest, als etwas so Furchtbares, so unendlich Grausames, daß ihn die Tragik menschlichen Lebens überhaupt mit lähmender Hand packt. Wie hat die Frau das ertragen können? Ich gestehe, daß dieses Menschenbild mich immer neu erschüttert. Man greift hier das Leben so fühlbar, so gegenwärtig, als sei es das eigene.

Frau Annie hat denn auch jahrelang wie auf einer Insel gelebt, in der Stille, in dem Traum, der ihr Leben nun sein mußte. Da auf einmal ist es über sie gekommen, daß sie aus dem Traum erwache, die Insel verlasse und sich der Welt wieder zuehre. Noch gibt es ja zu tun für Max Dauthendey, noch kann sie für ihn zeugen. Es ist wenig bekannt, daß der Farben- und Formentrunkene auch mit dem Pinsel die einfühlenden Eindrück festzuhalten pflegt und einen Schatz von etwa 150 Aquarellen hinterließ; so wird sie in wandernden Ausstellungen seine Bilder sprechen lassen. Sie wird seine nachgelassenen Gedichte herausgeben — in kurzem soll bei Albert Langen in München, dem Hauptverleger Dauthendey's, ein Band Jugendgedichte erscheinen — wird anderes noch Unveröffentlichtes oder Verborgenes zugänglich zu machen suchen. Wenn wir sie heute in tapferer Heterkeit diese Arbeit tun sehen, so erleben wir ehrsüchtig haunend den milden Epilog der Lebensgeschichte, die uns so erschüttert hat. Wir sehen, daß der Tod nicht tödtet, nicht trennt. Diese Frau ist innerlich bis ins Letzte erfüllt von dem nun fast zehn Jahre in fremder Erde Ruhenden; er ist nicht tot, er lebt völlig in ihr. Daß so etwas wirklich und phantastisch möglich ist, wird einem klar, wenn man mit ihr zusammen sein darf. Es mag wohl ein hartes Herz dazu gehören. Aber so schildert sie ja schon der Dichter in der „Lezten Reise“, als er sich über eine Photographie freut, die sie ihm schickte: „Darauf bist du ganz und gar die feste, starke, würdige Frau Dauthendey, stehend von Würzburger und schwedischer Erde.“ Ein besseres Gemisch als diese beiden Güten kontext du gar nicht bekommen.“ Die Worte fallen einem ein, wenn man sie liest. Und wie nah und lebendig wird alles früher Gelesene, wenn sie erzählt, was man zum Teil aus dem autobiographischen „Gedankengut aus meinen Wanderjahren“ kennt: von der phantastisch-wunder-

Die Abfindung des Großherzogs von Hessen.

T. U. Darmstadt, 5. Juni. In der Dienstagssitzung des Hessischen Landtages wurde die Regierungsvorlage über die Abfindung des ehemaligen Großherzogs, die eine Entschädigung von neun Millionen vorsieht, in erster Lesung mit 29 Stimmen der Volkspartei, des Zentrums, der Demokraten und der Volksrechtspartei gegen 25 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen. Die Vorlage war vorher im Ausschuss abgelehnt worden, wobei die Sozialdemokraten gegen ihre eigenen Minister im Kabinett stimm-

ten. Die Annahme der Vorlage in zweiter Lesung ist jedoch durch aus nicht sicher, da verschiedene Abgeordnete bei der Abstimmung in erster Lesung gefehlt haben.

Reichstagsöffnung am 13. Juni.

Berlin, 5. Juni. (Funkpruch.) Der Reichstagspräsident Loebe hat den neuen Reichstag auf den 13. Juni, nachmittags 3 Uhr, einberufen.

Der Schutz der Minderheiten.

Die Klage der albanischen Regierung vor dem Völkerbundsrat. Einsetzung eines Dreierausschusses für die oberschlesischen Schulfragen.

Politik über die Rechtslage der Minderheiten.

10. Genf, 5. Juni. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) In der heutigen Sitzung des Völkerbundsrates kamen zur Behandlung die Klagen der albanischen Regierung gegen Griechenland wegen der Unterdrückung und schlechten Behandlung der albanischen Minderheiten durch Griechenland in Epirus. Der albanische Vertreter Frajcheri, seinem Neukameraden nach eine albanische Ausgabe von Voldemaras, legte zunächst ausführlich die Rechtslage dar und schilderte die Zustände in Epirus. In seiner Rechtslage liegt der Fall ganz ähnlich wie der ungarische Diplomatentakt.

Darauf nahm der Levantiner Politik das Wort zu einer Rede, in der er in überbeiflichem Ton

ein höchst bedauerliches Exposé über die grundsätzliche Rechtslage der Minderheiten

gab. Der albanischen Regierung warf er unerböhrliche Haltung und Anmaßung vor. Es handele sich in Epirus um ein paar tausend Albaner, mit denen Griechenland mehr Last habe als Staaten, die Millionen von fremden Nationalitäten in ihren Grenzen beherbergen. Vor allem wehrte er sich dagegen, daß man in immer weiterem Umfang den Artikel 11 des Völkerbundes anrufe, um die Klagen der Minderheiten vor den Rat zu bringen. Dabei bezog er sich auf die berichtigten Erklärungen Vello Francos über die Grundzüge der Minderheitspolitik, nach denen die Minderheitenschutzverträge bezwecken sollen, daß die Minderheitsfrage zu einer internationalen Angelegenheit des Mehrheitsvolkes werde und aus der internationalen Atmosphäre herausgenommen werden soll. Politik zierte in seiner weiteren Beweisführung Ansprüche Chamberlains und Clemenceaus. Durch die ständige Einmischung des Völkerbundes in Minderheitsfragen auf Grund des Artikels 11 werde die internationale Lage unerträglich. Daraus ergäben sich ernste Gefahren für den Weltfrieden. Schließlich gab er den Rat, die albanische Klage einfach zu verwerfen. Am Schluß der Rede zitterte Politik vor Erregung am ganzen Körper.

Es muß sehr schlecht stehen um die Lage der Albanen in Epirus und es scheint doch notwendig zu sein, daß die Dinge durch den Völkerbundsrat wenigstens einmal an die Öffentlichkeit gezogen werden, zumal der albanische Vertreter einige Worte entgegnete, worauf er forgierte von Politik unterbrochen wurde, bis der Präsident mit dem Hammer Ruhe gebot.

Fast noch unerträglich als die Rede Politik ist die Tatsache, daß am Schluß der polnische Außenminister Jaleski vom Ratspräsidenten beauftragt wurde, den Bericht über die Angelegenheit zu verfassen. In den Kreisen zahlreicher Delegationen hat die Ernennung Jaleskis als Berichterstatter Befremden hervorgerufen.

Dann begann man, die Frage der Schließung der Schulen in Birtulstow in Oberschlesien zu beraten. In dem Bericht über diese Frage wird darauf hingewiesen, daß der Rat grundsätzlich sich mit der Auslegung des Haager Schiedsgerichtes zu befassen haben wird. Bei der

Klage des Deutschen Volksbundes über die Schulverhältnisse in Birtulstow

handelt es sich darum, daß eine Wiedereröffnung einer bereits gewaltsam geschlossenen Minderheitsschule von den polnischen Behörden

verweigert wurde, weil 62 der angemeldeten Kinder nach der Darstellung der Polen nicht zur deutschen Minderheit gehörten. In dem Bericht wird darauf hingewiesen, daß die Frage bereits einmal vertagt worden wäre, um das Urteil des Haager Gerichtshofes abzuwarten. Es muß nun nach Lage der Dinge das Haager Urteil abgewartet werden.

Der Rat beschloß, einen Dreierausschuss einzusetzen, der all diese Schulfragen grundsätzlich erledigen soll.

Der Ausschuss besteht aus Urutia, Scialoja und Belaerts. Der polnische Außenminister weigerte sich zunächst, dieses Amt anzunehmen, weil er im Herbst aus dem Rat austritt; der Präsident forderte ihn daraufhin auf, seine Arbeiten so zu beschleunigen, daß er bis zum Herbst damit fertig werde. Man hört, daß Deutschland darauf drängt, daß in diesem Konflikt wegen der Eröffnung von Schulen in Oberschlesien ein klarer Fall geschaffen werden soll, der eine eindeutige Auslegung der Haager Entscheidung gibt. Die anderen Minderheitsklagen werden von der Schulfrage nicht berührt und kommen in etwa zwei bis drei Tagen zur Erledigung. Der Rat vertagte sich darauf auf morgen früh.

Der Beschluß des Völkerbundsrates, Jaleski zum Berichterstatter der Minderheitsklagen zu ernennen, muß als unmöglich bezeichnet werden. Der polnische Außenminister ist im Rat Vertreter eines Staates, gegen den gegenwärtig beim Rat neun verschiedene Minderheitsklagen laufen. Es erscheint unter diesen Umständen als völlig ausgeschlossen, daß der Rat gerade den Außenminister Polens, eines mit Minderheitsfragen befaßten Staates, als Schlichter für eine andere Minderheitsfrage einsetzt. Polen würde zum Richter über Minderheitsklagen eingesetzt werden, in denen es selbst Angeklagter ist.

Die Erklärung des griechischen Gesandten Politik muß ebenfalls auf das schärfste zurückgewiesen werden. Seine Auslegung des Minderheitenschutzes durch den Völkerbund steht in schroffem Widerspruch zu den den Minderheiten gewährtesten Rechten und der bisherigen Handhabung des Minderheitenschutzes. Seine Ausführungen werden ohne Zweifel bei allen Minderheiten schärfsten Widerspruch hervorrufen. Besonders erstaunlich ist, daß der Rat die Erklärungen Politik wortlos angehört hat, ohne seinerseits sofort eine Berichtigung dieser Auffassung im Sinne der bisherigen Minderheitenarbeiten des Völkerbundes vorzunehmen. Von deutscher Seite kann diese Haltung des Rates und insbesondere die Erklärung Politik nur mit allergrößtem Betremden aufgenommen werden. Es wird eine unabweisbare Aufgabe der deutschen Regierung sein, ein derartiges Verhalten des Rates für die Zukunft unmöglich zu machen und die rechtliche Auffassung Politik über den Minderheitenschutz für gegenstandslos zu erklären.

Tages-Anzeiger.

(Näheres siehe im Zuer-tensteil.)

Mittwoch, den 6. Juni.

Landestheater: Der Rosenkavalier, 19^h—23^h Uhr.
Vad. Klavier: Konzert der Polsterkammer, Feuerwerk etc. 8—11 Uhr.
Gartenbau-Bereich: Monatsversammlung im Saal 3 Schenke, 10^h Uhr.
Kaffee-Bauer: Sonderkonzert, 10^h Uhr.
Wiener Hof: Kabarett und Tanz, 5^h Uhr Tee.
Kroener (Korallenrotte): Tanzballe.
Kaffee-Kabarett Roland: Kabarettvorstellung (neues Programm), 8^h Uhr.
Vorklassische Musik: 4^h Uhr.
Vorklassische Musik: Die letzte Galavorstellung des Virtuosen Wolfson.
Wenn ein Secemann auf den Hund kommt.
Union-Theater: So ist Paris. — Die Saad nach den Dokumenten.

200 000.

Gastspiel des Moskauer jüdischen Theaters.

Wie herrlich, wie schön war die Fabrikal und wie unermesslich das Leben, das sie austrahlte, wie symbolisch ihr Theater! Der Sinn war trotz der Fremdartigkeit unmittelbar. — Gramofone (Frei nach Scholom-Aleichem) ist ein reines Organisationskunstwerk, eine groteske Uebertreibung des ursprünglichen Sujets, auch eine Uebertreibung der Regie. „Frei nach“ — das ist sehr wichtig, das heißt, daß Gramofone den ehemaligen Schwank nur als Unterlage für seine Regie-Einfälle benutzt hat, daß es ihm gar nicht darauf ankam, aus dem armen Schneider Schimele Soroker (der den Haupttreffer mit 200 000 gewinnt, in die Gesellschaft der Reichen aufgenommen wird, sein Geld in einem Schwindelunternehmen verliert, aus den Reichen der Reichen wieder hinabstürzt in das Dolt der Armut) — aus dieser Wühlfigur eine tragisch angehauchte Gestalt zu machen, daß es Gramofone sogar nicht einmal darauf ankam, einen Schwank ins Legendäre umzubiegen. Es kommt ihm wirklich nicht darauf an.

Das nennt man Regie; zweifelsohne. Die Leistung als solche ist, obwohl es (merkwürdigerweise) manchen toten Punkt gibt, phantastisch. Aber, was noch mehr in Erstaunen setzt: trotz des ununterbrochenen Bewegens fliegenden Spiels, trotz aller Quacksilbrigkeit, trotz fabelhaft arrangierter Ensembleszenen, bleibt der ganze Aufwand im Puppenhaften stecken. Alle sind aufgeblasen, alle haben eine Feder im Leib, alle sind mechanische Menschen; es könnte sie erfunden haben. Nur den Schimele Soroker nicht; der steht auf eigenen Füßen; der geht auch über die kollektivistische Regie hinaus; der tritt hervor aus dem Schwank und aus der Bearbeitung des Schwankes; der ist ein Mensch geworden. Ein richtiger Mensch mit einem richtigen Gesicht, mit richtigen Bewegungen, mit richtigem Glück und Unglück, ein Mensch inmitten eines elektrisch angetriebenen Wachsfigurentabinetts. Ein großer Schauspieler, dieser Michoel; die Zirkusmusik Leo Pulwers tut ihm nichts, der Sing-Sang tut ihm nichts. Selbst wenn der Regisseur mit der Peitsche gefährt hätte, selbst wenn das Sägmehl der Manege auf der Bühne gelegen wäre (Gramofone könnte sich auch das leisten) — dieser Schneider mit dem großen Los lebt, lebt wahrhaftig!

Sieg des Darstellers über die Regie? Das wohl nicht, wohl aber; über den Fastnachtstrubel der Regie. Sieg des Darstellers über die Auflösung, über die Zerstückung; soweit dieser Sieg bei diesem Stück nur möglich war. Ob er bewußt geschah, ist eine andere, eine in diesem Zusammenhang unwichtige Frage. — Die Hauptsache: die Erkenntnis, daß überreizte Regie, Regie als Selbstzweck im Bezirk der Kleinkunst endet, daß sie alle sinngemäßen Bindungen aufhebt und in der Luft hängt. —

baren Verlobung, dem Reifeleben zu zweien, wenn sie Verse spricht, die ihr besonders lieb und bedeutungsvoll sind, wenn sie die Kindlichkeit Max Dauthendey's schildert, die seine Freunde immer wieder in Erstaunen setzte. „Er torfelte wie ein Kind herum und schien nichts zu leben“, sagt sie, — und wir denken an die unerhört fein registrierten Bild- und Farbenreize in den weifschwügenden Versen der „Geflügelten Erde“, die er nach der Rückkehr von einer siebenmonatigen Weltfahrt, auf der er nie länger als drei Tage an einem Orte verweilte, rein aus dem Gedächtnis, aus intensivem Nachdenken, schuf. „Wir lebten wie in einem Traum“, fährt sie fort und erzählt dann, wie ihr Mann durchaus nichts von Geschäften habe wissen wollen; eine solche Freude, wie das Dichten sei, dürfe nicht bezahlt werden. Als er sich endlich in der Not entschlossen hatte, von Eigen Diederichs Honorar für ein Buch anzunehmen, meinte er nachher vornehmlich zu seiner Frau: „Wie konntest du nur zulassen, daß ich mich so prostituierte!“

Freilich, es liegt eine gewisse Behmut auch über dem im Plauderton Berichteten. Aber es ist doch nicht der Schmerz, der diesem Frauenleben aufsprüht ist. Wir empfinden vielmehr den Sieg eines höheren Lebens, einer wahren Unsterblichkeit. Was Romain Rolland Frau Annie sagte, in einem schönen Briefe, den wir hier zum ersten Male (in deutscher Uebersetzung) bringen dürfen, ist in ihrer Person Wirklichkeit geworden:

Willeneuwe (Baud), Villa Olga, den 17. Februar 1926.
Liebe Frau Annie Dauthendey!

Ergriffen und mit inniger Bewegung las ich die Blätter, die Sie so gütig waren, mir zu senden. Immer wieder hätte ich während des Lesens — (verzeihen Sie!) — Sie beide in meine Arme schließen und zu Ihnen sagen mögen: — „Meine armen Kinder! Liebe Kinder!“

Wie schön und wie herzerreißend ist dieses lange Mariqrium der Liebe, die sich über die Ozeane hinweg die Hände reicht und Tag um Tag daran steht, daß sie ihren Durst nicht löschen kann! Und was hat er leiden müssen, Ihr armer kleiner Max! — Und doch ist kein Leiden eines, um das man ihn beneiden möchte. Es läutert, es veredelt, es bezeugt die höchste Vereinigung der Seelen, die man auf der Erde erräumen kann.

Und Sie, liebe Frau Annie, müssen aus Ihrem Schmerz doch einen gerechten Stolz und ein tiefes Glücksbewußtsein schöpfen. Keine Frau ist mehr geliebt worden und keine Liebe hat regenreichere Strahlen auf den Geliebten geworfen.

Aus einigen Briefen sah ich, wie religiös Sie sind, und von wem tapferem Schlichte die Kasse ist, der Sie angehören. So sind Sie gewiß, gerade durch das Unglück, in ein noch helleres Licht gelangt. Und der Tod hat, anstatt Sie von Ihrem Liebsten zu trennen, Sie beide in Gott zusammengeführt. Ich neige mich vor Ihnen in Verehrung und vereine Sie beide — Max, Annie — in einem stummen Gebet brüderlichen Mitfühlens und stummer Ehrfurcht.

Romain Rolland.

Sie kennen, glaube ich, Ellen Key. Wenn Sie sie sehen, so grüßen Sie sie von mir!

Schulhausbauten in Karlsruhe.

Aufwerlungsfragen vor dem Bürgerausschuß. — Die Straßenbahn nach Rintheim.

Zudem nicht weniger als 15 Punkte auf der Tagesordnung des Bürgerausschußes am Dienstag gestellt waren, konnte das Besondere in einem Zeitraum von knapp drei Stunden erledigt werden. Allerdings gelangte eine ganze Reihe von Vorlagen zum Besonderen, die ohne Debatte einstimmig angenommen wurden. Den Besonderen Raum der Beratung nahmen die Vorlagen über die Erweiterung von Schulbauten in Anspruch. Aber auch hier waren es eigentlich keine Bedenken prinzipieller Natur, sondern nur Meinungsverschiedenheiten über die Art der Finanzierung der Bauarbeiten, die bei der Vorlage über den Bau der Straßenbahn nach Rintheim, wie bei dem Projekt der sog. Zeppelinlinie über die Uf von Seiten der Volksrechtspartei Anlaß zu Bedenken gaben. Die Bedenken konnten aber von dem Oberbürgermeister leicht zerstreut werden. Bei der Besprechung der Schulhausbauten waren besonders beachtlich die Ausführungen des Bürgermeisters Dr. Kleinschmidt und des sozialdem. Stadtverordneten Dr. Zepelin über die „Aufschiebung“ der Mittelschulen, die zu einer gewissen finanziellen Belastung der Volkswirtschaft geführt habe. Von verschiedenen Seiten gehegte Vermutung, daß das Weiterziehen der Aufwerlungsfragen das Haus längere Zeit in Anspruch nehmen würde, erfüllte sich nicht, da sich das Besondere auf einen Vermittlungsvorschlag des Vertreters der Volksrechtspartei, des früheren Oberbürgermeisters Siegrist, einging, der die Zustimmung gab, daß zur Prüfung dieser Angelegenheit ein besonderer Ausschuß gebildet werden solle. Da der Stadtrat in dieser Sache schon einen Beschluß gefaßt hat, in dem zum Ausdruck kommt, daß er die Verantwortung für freiwillige Uebernahme von Schulden nicht tragen könne, fiel die Besprechung aus dem Besonderen der Tagesordnung aus. Es war also nur eine Beratung privatrechtlicher Natur unter den Stadtverordneten, deren Beschlüsse sich bei Beginn dieser Beratung stark gelichtet hatten. Alle Punkte der Tagesordnung wurden mit großer Mehrheit angenommen.

Sitzungsbericht.

Bei Eröffnung der Sitzung durch den Oberbürgermeister fand der Vorsitzende anwesend. Das Haus ist beschlußfähig. Der Stadtrat hat die Tagesordnung teils der Vorhänge mit, daß der Stadtrat für Aufwertung den Antrag gestellt habe, den letzten Punkt der Tagesordnung, die Ausprägung über die Abklärung der Schulden der Stadt Karlsruhe und Aufwertung der Guthaben der Stadtlichen Sparkasse an erste Stelle zu setzen. Der Oberbürgermeister teilt mit, daß er diesem Antrag nicht zustimmen könne, da der Stadtrat sich schon zu der Sache geäußert habe, die Mitglieder des Stadtrats also an der Besprechung dieser Angelegenheit nicht teilnehmen werden.

Der Stadtrat hat die Tagesordnung teils der Vorhänge mit, daß der Stadtrat für Aufwertung den Antrag gestellt habe, den letzten Punkt der Tagesordnung, die Ausprägung über die Abklärung der Schulden der Stadt Karlsruhe und Aufwertung der Guthaben der Stadtlichen Sparkasse an erste Stelle zu setzen. Der Oberbürgermeister teilt mit, daß er diesem Antrag nicht zustimmen könne, da der Stadtrat sich schon zu der Sache geäußert habe, die Mitglieder des Stadtrats also an der Besprechung dieser Angelegenheit nicht teilnehmen werden.

Der Stadtrat hat die Tagesordnung teils der Vorhänge mit, daß der Stadtrat für Aufwertung den Antrag gestellt habe, den letzten Punkt der Tagesordnung, die Ausprägung über die Abklärung der Schulden der Stadt Karlsruhe und Aufwertung der Guthaben der Stadtlichen Sparkasse an erste Stelle zu setzen. Der Oberbürgermeister teilt mit, daß er diesem Antrag nicht zustimmen könne, da der Stadtrat sich schon zu der Sache geäußert habe, die Mitglieder des Stadtrats also an der Besprechung dieser Angelegenheit nicht teilnehmen werden.

Der Stadtrat hat die Tagesordnung teils der Vorhänge mit, daß der Stadtrat für Aufwertung den Antrag gestellt habe, den letzten Punkt der Tagesordnung, die Ausprägung über die Abklärung der Schulden der Stadt Karlsruhe und Aufwertung der Guthaben der Stadtlichen Sparkasse an erste Stelle zu setzen. Der Oberbürgermeister teilt mit, daß er diesem Antrag nicht zustimmen könne, da der Stadtrat sich schon zu der Sache geäußert habe, die Mitglieder des Stadtrats also an der Besprechung dieser Angelegenheit nicht teilnehmen werden.

Der Stadtrat hat die Tagesordnung teils der Vorhänge mit, daß der Stadtrat für Aufwertung den Antrag gestellt habe, den letzten Punkt der Tagesordnung, die Ausprägung über die Abklärung der Schulden der Stadt Karlsruhe und Aufwertung der Guthaben der Stadtlichen Sparkasse an erste Stelle zu setzen. Der Oberbürgermeister teilt mit, daß er diesem Antrag nicht zustimmen könne, da der Stadtrat sich schon zu der Sache geäußert habe, die Mitglieder des Stadtrats also an der Besprechung dieser Angelegenheit nicht teilnehmen werden.

Der Stadtrat hat die Tagesordnung teils der Vorhänge mit, daß der Stadtrat für Aufwertung den Antrag gestellt habe, den letzten Punkt der Tagesordnung, die Ausprägung über die Abklärung der Schulden der Stadt Karlsruhe und Aufwertung der Guthaben der Stadtlichen Sparkasse an erste Stelle zu setzen. Der Oberbürgermeister teilt mit, daß er diesem Antrag nicht zustimmen könne, da der Stadtrat sich schon zu der Sache geäußert habe, die Mitglieder des Stadtrats also an der Besprechung dieser Angelegenheit nicht teilnehmen werden.

Der Stadtrat hat die Tagesordnung teils der Vorhänge mit, daß der Stadtrat für Aufwertung den Antrag gestellt habe, den letzten Punkt der Tagesordnung, die Ausprägung über die Abklärung der Schulden der Stadt Karlsruhe und Aufwertung der Guthaben der Stadtlichen Sparkasse an erste Stelle zu setzen. Der Oberbürgermeister teilt mit, daß er diesem Antrag nicht zustimmen könne, da der Stadtrat sich schon zu der Sache geäußert habe, die Mitglieder des Stadtrats also an der Besprechung dieser Angelegenheit nicht teilnehmen werden.

Der Stadtrat hat die Tagesordnung teils der Vorhänge mit, daß der Stadtrat für Aufwertung den Antrag gestellt habe, den letzten Punkt der Tagesordnung, die Ausprägung über die Abklärung der Schulden der Stadt Karlsruhe und Aufwertung der Guthaben der Stadtlichen Sparkasse an erste Stelle zu setzen. Der Oberbürgermeister teilt mit, daß er diesem Antrag nicht zustimmen könne, da der Stadtrat sich schon zu der Sache geäußert habe, die Mitglieder des Stadtrats also an der Besprechung dieser Angelegenheit nicht teilnehmen werden.

Der Stadtrat hat die Tagesordnung teils der Vorhänge mit, daß der Stadtrat für Aufwertung den Antrag gestellt habe, den letzten Punkt der Tagesordnung, die Ausprägung über die Abklärung der Schulden der Stadt Karlsruhe und Aufwertung der Guthaben der Stadtlichen Sparkasse an erste Stelle zu setzen. Der Oberbürgermeister teilt mit, daß er diesem Antrag nicht zustimmen könne, da der Stadtrat sich schon zu der Sache geäußert habe, die Mitglieder des Stadtrats also an der Besprechung dieser Angelegenheit nicht teilnehmen werden.

Der Stadtrat hat die Tagesordnung teils der Vorhänge mit, daß der Stadtrat für Aufwertung den Antrag gestellt habe, den letzten Punkt der Tagesordnung, die Ausprägung über die Abklärung der Schulden der Stadt Karlsruhe und Aufwertung der Guthaben der Stadtlichen Sparkasse an erste Stelle zu setzen. Der Oberbürgermeister teilt mit, daß er diesem Antrag nicht zustimmen könne, da der Stadtrat sich schon zu der Sache geäußert habe, die Mitglieder des Stadtrats also an der Besprechung dieser Angelegenheit nicht teilnehmen werden.

Der Stadtrat hat die Tagesordnung teils der Vorhänge mit, daß der Stadtrat für Aufwertung den Antrag gestellt habe, den letzten Punkt der Tagesordnung, die Ausprägung über die Abklärung der Schulden der Stadt Karlsruhe und Aufwertung der Guthaben der Stadtlichen Sparkasse an erste Stelle zu setzen. Der Oberbürgermeister teilt mit, daß er diesem Antrag nicht zustimmen könne, da der Stadtrat sich schon zu der Sache geäußert habe, die Mitglieder des Stadtrats also an der Besprechung dieser Angelegenheit nicht teilnehmen werden.

Stadtv. Rothbach (Soz.): Die Aufschiebung des Schulbetriebs der Mittelschulen bedeute eine ganz gewaltige Belastung der Volkswirtschaft, die von einem geschlagenen Volk kaum mehr getragen werden können. Die Schüler, die nicht bis zum Abiturium durchlaufen, bekommen eine Halbbildung, die im praktischen Beruf nur hemmend sei. Man müsse darauf achten, daß bei Anstellung von Leuten nicht immer nach dem sog. Berechtigungschein gefragt werde, sondern nach der Eignung. Die Volksschule sei heute imstande, den jungen Leuten eine Ausbildung zu geben, die sie fürs praktische Leben gut vorbereite. Im Interesse der Volkswirtschaft müssen die höheren Schulen von dem Ballast befreit werden. Heute aber müsse eben noch den derzeitigen Verhältnissen Rechnung getragen werden. Deshalb stimme seine Fraktion, wenn auch schweren Herzens, der Vorlage zu.

Stadtv. Bauer (D.V.): Durch Augenschein habe er sich überzeugt, daß der jetzige Zustand in der Kant-Oberrealschule unhaltbar sei. Der Erweiterungsbau bringe auch den Vorteil, daß die bisher von der Kant-Oberrealschule benötigten Räume der Volksschule wieder frei werden. Die Erneuerung der Turnhalle sei schon aus hygienischen Gründen notwendig. Die Kosten scheinen allerdings beträchtlich hoch. Vielleicht könnte man diese noch etwas herunterdrücken, denn in der heutigen Zeit müsse man auf die finanzielle Lage der Stadt besonders Rücksicht nehmen.

Stadtv. Schüle (Zentr.) ist nicht der Auffassung, daß ein Erweiterungsbau der Kant-Oberrealschule besser sei als die Errichtung eines neuen Schulhauses. Die Südstadt hätte allen Anspruch auf die Errichtung einer Mittelschule. Am Eitlingertor könnte man ganz gut eine Mittelschule bauen. Dann würde auch das unschöne Loch am Eitlingertor bald ausgefüllt.

Die Vorlage des Stadtrats wird mit großer Mehrheit angenommen. Unter den weiteren Vorlagen, die angenommen wurden, befand sich auch der Verkauf von Gelände für die neue Diakonissenanstalt im Stadtteil Ruppurr.

Stadtv. Spath (Wirtsch. Ber.) kritisiert die hohen Preise, die das Domänenamt für das Gelände verlange. Man müsse berücksichtigen, daß es sich bei der neuen Anstalt um eine Ausbildungsstätte für Krankenpflegerinnen handle, die im ganzen Lande große Dienste leisten. Dank verdiene die Stadtverwaltung für ihr Entgegenkommen gegenüber der Diakonissenanstalt.

Der Bau einer Straßenbahn nach Rintheim

gab ebenfalls Anlaß zu einer Besprechung. Stadtv. Obermann Rothweiler gibt seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß ein dem Stadtteil Rintheim gegebenes Versprechen endlich eingelöst werden solle. Die geplante Linienführung habe zwar nicht die Zustimmung aller Interessenten gefunden. Man dürfe aber nicht vergessen, daß die Rentabilität auch berücksichtigt werden mußte. Die Führung der Bahn durch die Tullastraße habe den Vorteil, daß auch die Oststadt einen besseren Anschluß bekomme, so daß die Frequenz erhöhe werde. Daß man die Bahn nicht durch die Hauptstraße in Rintheim führen könne, müsse jeder einsehen, der Rintheim kenne.

Stadtv. Strickfaden (Volksrechtsp.) ist mit dem Vorschlag über die Finanzierung des Unternehmens nicht einverstanden. Die Kosten von 400 000 M. sollen nämlich der Fondsstufe entnommen und dieser von der Bahnkasse aus der Wirtschaft der nächsten Jahre, längstens bis zum Jahre 1935, wieder zugeführt werden. Die Volksrechtspartei stellt den Antrag, daß die Kosten aus Anlehensmitteln bezahlt und nach 15 Jahren zurückbezahlt werden. Die Mittel der Fondsstufe sollen zu den Zwecken verwendet werden, für die sie im Vorkontrakt vorgesehen worden seien. Zugleich müsse er auch dagegen protestieren, daß auch die Kosten für die Zeppelinbrücke aus der Fondsstufe entnommen werden.

Oberbürgermeister Dr. Finter ist der Ansicht, daß die Ausführungen des Vorredners bewiesen haben, daß er vom städtischen Vorkontrakt wenig Ahnung habe. Es sei festzustellen, daß die Mittel aus der Fondsstufe nur vorläufig entnommen werden. Richtig wäre es, wenn man solche Bauten mit Anlehensmitteln befristete würde. Aber die Maßnahmen des Herrn Reichsbankpräsidenten erlauben den Städten ja gar nicht die Ausnahme von Anleihen. Deshalb habe man diesen Ausweg gesucht, um den Bau der Straßenbahn und den Bau der Brücke schnell in Angriff nehmen zu können. Wenn Herr Strickfaden in Zukunft wieder einmal über finanzielle Angelegenheiten der Stadt Auskunft haben wolle, dann solle er sich doch an den Oberbürgermeister wenden.

Stadtv. Redinger (Rom.) befürwortet den baldigen Bau der Straßenbahnlinie nach Rintheim. Es sei gar nicht notwendig, daß sie sich rentiere; die Hauptfrage sei, daß sie sich selbst trage. Und das werde sie, sobald sie nach Rintheim weitergeführt werde. Die Art der Finanzierung sei nicht richtig; die Kosten dafür hätten die Straßenbahner zu tragen, die immer noch nicht den Achtstundentag haben.

Stadtv. Heller (Soz.) spricht den Wunsch aus, daß noch im Laufe dieses Sommers mit der Durchführung der Straßenbahnlinien begonnen werde.

Stadtv. Braun (Dem.) kann nicht verstehen, warum die Volksrechtspartei gegen die Art der Finanzierung der Bauunternehmungen sei. Die Fondsstufe sei in diesem Falle doch nur der Bankier, der das Geld vorträte, bis es der Stadt gelinge, auf andere Weise billiges Geld zu schaffen. Ueber die Tilgungsfrist könne man der Meinung sein, daß diese etwas kurz angelegt sei.

Oberbürgermeister Dr. Finter gibt zu verstehen, daß bald noch mehr Vorlagen über den Bau von Straßenbahnlinien kommen werden, bei denen man Gelegenheit habe, über die Ausbringung der Mittel zu sprechen.

Stadtv. Falk (Zentr.) tritt für den Durchbruch der Tullastraße nach dem Friedhof ein. Die Straßenbahn selbst sollte möglichst bald bis Bruchsal durchgeführt werden. Ebenso sollte die Elektrifizierung der Karlsruher Lokalbahn bald durchgeführt werden. Die Vorlage wurde angenommen.

Der Bau der Zeppelinbrücke.

für die 100 000 M. vorgesehen sind, gibt Anlaß zum Vortrag verschiedener Wünsche.

Stadtv. Spachholz (Soz.) tritt für die Einrichtung einiger Halteplätze der neuen Straßenbahn nach Dallanden ein und kritisiert das Verhalten der Volksrechtspartei.

Stadtv. Schuler (Zentr.) bedauert, daß man den Bau der Brücke in der Abfiedelung im Laufe der Zeppelinlinie nicht schon lange ausgeführt habe. Durch den Bau der Brücke werde eine gute Verbindung hergestellt zwischen der Abfiedelung und dem Vorort Grünwinkel.

Stadtv. Siegrist (Volksrechtsp.) beschäftigt sich noch einmal mit der Finanzierung. Er ist der Ansicht, daß man nicht einen „geschätzten“ Betrag als Brückenkosten erische, sondern einen genauen Vorkontrakt über die Kosten. Dann erst könne man sehen, ob die Fondsstufe die Mittel habe. Abgesehen von den kurzen Tilgungsfristen, werde die Straßenbahnfrage zu stark belastet.

Nach weiteren kurzen Ausführungen des Oberbürgermeisters wird die Vorlage angenommen.

Bei einer Vorlage über Straßenkostenrückersatz wünscht Stadtv. Klingensfuß (Wirtsch. Ber.), daß bei Neubauten die Straßen so rechtzeitig fertiggestellt werden, daß die Bewohner der neuen Häuser nicht gezwungen sind, Berge von Schutt und Geröll zu überwinden, wenn sie in ihre Wohnungen wollen.

Die Ablösung der Markanleihen der Stadt und Aufwertung der Guthaben der Städtischen Sparkasse.

Wie schon gemeldet, hat die Volksrechtspartei den Antrag gestellt, eine Aussprache über die Aufwertung der Markanleihen der Stadt und Aufwertung der Guthaben der Sparkasse im Bürgerausschuß herbeizuführen. Der Stadtrat hat vornehmlich die Erklärung abgegeben, daß er in Erwägung der gesamten Lage der Stadt die freiwillige Uebernahme von weiteren Schulden nicht auf sich nehmen könne. Dieser Erklärung fügte Bürgermeister Dr. Kleinschmidt noch einige Bemerkungen hinzu, mit denen er den Beschluß des Stadtrats begründete. Er wies auf die Folgen hin, die eine weitere freiwillige Uebernahme von Schulden für die Stadt im Gefolge hätte.

Stadtv. Siegrist (Volksrechtsp.): Es sei wohl das erste Mal, daß die Stadtverordneten von diesem Recht der Aussprache innerhalb des Bürgerausschußes Gebrauch machen. Die Stadtverordneten hätten das Recht, einen Beschluß zu fassen. Er beantrage, zur weiteren Vorprüfung der Aufwertungsangelegenheit einen gemischten beratenden Ausschuß zu bilden, welcher sich aus dem Oberbürgermeister und dem Obmann des Stadtverordnetenvorstandes, sowie Vertretern sämtlicher Fraktionen des Bürgerausschußes zusammensetzt. Diesem Ausschuß sollen genaue Nachweisungen über die Markschulden und den Stand der Vermögensverhältnisse der Stadt unterbreitet werden.

Das Haus erklärte sich mit dem Vorschlag einverstanden. Die Sitzung wurde um 7 Uhr geschlossen.

Die Schnakenbekämpfung im Jahre 1928.

Von Friedrich Clafer, Mannheim.

Das Frühjahr 1928 war für die Entwicklung der Haus- und Waldschnaken nicht besonders günstig. Die frühe Witterung hat die Eiablage der Hauschnaken so verzögert, daß die ersten Eier erst in der letzten Aprilwoche, also mit einer Verspätung von fast einem Monat festgesetzt werden konnten. Nun aber geht die Entwicklung bei der herrschenden Wärme rasch voran. Die der Winterbekämpfung entgangenen Hauschnaken werden jetzt wohl zum größten Teil ihre Eierstöcke stillstehenden, unreinigen Gewässern (Wasser- und Pfuhlflüssen in Gärten, Jauchegruben, Abwässern und -Gruben) anvertraut haben. Diese noch nicht sehr zahlreiche erste Generation dieses Jahres wird in Bälde ausfliegen. Jede von den 4 bis 5 weiteren Generationen wird ungefähr 200 mal stärker an Zahl sein, als die vorhergehende. Das kann verhindert werden, wenn sofort die in den genannten Brutstätten etwa vorhandene Brut (durch Untersuchung festzustellen!) mittels einer dünnen Schicht Schnakenaprot erstickt wird. In Ermangelung von Schnakenaprot kann in Wasserfässern der Gärten oder Gärtnereien auch Petroleum oder Benzin verwendet werden. Durch Ueberlauf ist die Delfschicht nach ¼ Stunde leicht zu beseitigen, die Schnakenbrut ist dann aber restlos vernichtet.

Auch die Waldschnaken hatten bisher im Rheingebiet keine günstige Entwicklungsmöglichkeit. Durch den niederen Rheinwasserstand sind die meisten Waldtümpel und Gräben wasserleer. Die in Raub und Moos der Bodensenkungen im Sommer 1927 abgelegten Eier der Waldschnaken kommen erst zur Entwicklung, wenn sie unter Wasser gesetzt werden. Sobald daher Druckwasser erscheint, wimmelt es in wenigen Stunden von Schnakenbrut, die spätestens in 14 Tagen sich zu flugfähigen und flechtartigen Schnaken entwickelt. Die Feinde der Brut (Käfer- und Libellenlarven sowie Salamander) sind in solch periodischen Gewässern meist nicht vorhanden, und bis sie etwa erscheinen, sind die Schnaken längst ausgeflogen. Die Waldschnakenplage ist nur zu beseitigen oder zu mildern, wenn die Brutstätten verschwinden, wenn Fische eingreifen können oder wenn die Schnakenbrut mit Del erstickt werden kann. Nicht alle Waldtümpel enthalten Schnakenbrut, daher gebietet die Vernunft, nur die Stellen mit Del zu behandeln, wo tatsächlich sich Schnakenbrut in Massen zeigt. Nur geschultes Personal bietet Gewähr, gegen sinnlose Materialverschwendung. Keine Gemeinde dürfe darum mit der Schnakenbekämpfung beginnen, bevor nicht die Grundlagen zur Schnakenbekämpfung — sachverständige Leitung, geschultes Personal und Entscheidung über Möglichkeit oder Zwecklosigkeit geklärt sind.

Die Larven der Malaria-schnaken bewohnen die meisten stillstehenden oder langsam fließenden Gewässer des Rheingebiets. Sie sind jedoch noch nicht so zahlreich, wie die übrigen Schnakenarten, und Ueberträger der Malaria können sie erst werden, wenn sie an Malariafranken Blut gesaugt haben. Verhindern wir daher nach Möglichkeit eine Vermehrung dieser gefährlichen Schnaken. Die Schnakenbekämpfung darf ebensowenig wie die übrige Schädlingsbekämpfung leicht genommen werden. Für viele Orte, namentlich unserer Kurorte und Bäder wäre Gleichgültigkeit in dieser Frage beginnender Ruin, denn Vermehrung der Schnaken bedeutet unheilbar Abnahme des Fremdenverkehrs.

Damit soll aber nicht gesagt sein, daß jetzt an allen Orten frisch drauflos geölt werden soll. Schnakenbekämpfung kann zum Unfall werden, wenn Unerfahrene sinnlos alle Gewässer in Behandlung nehmen. Die seit 1910 bestehende Vereinigung zur Bekämpfung der Stechmücken- oder Schnakenplage, Veruchsstation Mannheim, Bäcklinstraße 40, stellt ihre Erfahrungen jedermann bereitwillig zur Verfügung.

Die Ausstellung ungedeckter Schecks.

Klagen des Bankgewerbes über das Vorkommen ungedeckter Schecks haben den preussischen Justizminister veranlaßt, auf das Gefährliche solcher Handlungen hinzuweisen. Abgesehen von den offensichtlichen Scheckwindbeilen gibt es Leute, die einen vordatierten Scheck ausstellen und hoffen, bis zur Vorzeigung des Schecks die nötige Deckung auf ihr Bankkonto bringen zu können. Auch in solchen Fällen kann Bestrafung wegen Betrugs erfolgen, wenn der Aussteller eines ungedeckten Schecks dem Empfänger nicht entsprechende Mitteilung gemacht hat, und wenn er nicht nachweisen kann, daß er mit der Möglichkeit rechnen durfte, rechtzeitige Deckung zu beschaffen. Erschwerend wirkt in solchen Fällen auch der Umstand, wenn ein Konto zwar noch besteht, Zahlungen aber seit längerer Zeit schon nicht mehr darauf eingegangen sind. Mit Rücksicht auf die besondere Bedeutung der in Frage stehenden Straftaten hat der Minister angeordnet, daß Strafverfahren wegen Scheckwindbeils regelmäßig nicht durch die Amtsanwaltschaften, sondern durch die Staatsanwaltschaften bei den Landgerichten zu bearbeiten sind.

Auszug aus den Standesbüchern Karlsruhe.

Eierbefälle. 3. Juni: Emilie Weid, 40 Jahre alt, Ehefrau von Hermann Weid, Kaufmann; Martin Gerbes, 66 Jahre alt, Treppenhauer. 4. Juni: Leni Frank, 1 Jahr 2 Monate 4 Tage alt, Vater: Karl Frank, Volkshelfer. 5. Juni: Paulina Ulfert, 67 Jahre alt, Ehefrau von Franz Ulfert, Gärtner.

LEICHTE MISCHUNG **KYRIAZI No 6** **GROSSES FORMAT**

Die neue 68 Cigarette

Berkleinerung der Landtagsausschüsse.

Der Badische Landtag geht tatsächlich mit aller Kraft an die Rationalisierung seiner Arbeit. Nachdem er am Dienstag vormittag die Redezeit für die Beratung des Staatsvoranschlags kontingentiert hatte, stuzte er am Nachmittag die Ausschüsse etwas zu; statt bisher je 21 Mitglieder, zählen in Zukunft die drei großen Ausschüsse: Haushaltsausschuß, Ausschuß für Rechtspflege und Verwaltung und Ausschuß für Gesetze und Beschwerden nur noch je 17 Abgeordnete, von denen das Zentrum 7, die Sozialdemokraten 4, die Deutsche Volkspartei, die Deutschnationalen und die Demokraten je 2 entsenden; die übrigen Gruppen: Wirtschaftspartei, Kommunisten und der Links-Kommunist gehen leer aus. Die einzelnen Fraktionen unterbreiteten dem Plenum entsprechende Vorschläge. Dieser Vorschlag des Vertrauensmännerausschusses verursachte eine längere Geschäftsordnungsdebatte, deren Wogen ab und zu ziemlich hoch gingen. Sodt protestierte dagegen, daß seiner Gruppe keine Vertretung in den Ausschüssen zugebilligt werde. Von Au schlug in die gleiche Kerbe bezüglich seiner Gruppe und erinnerte, daß man die Geschäftsordnung früher anders ausgelegt habe, bis die Bürgerliche Vereinigung dem Zentrum in die Falle gegangen sei. Obkt sch er legte dar, formalrechtlich sei an dem Antrag des Vertrauensmännerausschusses nichts auszusetzen, aber es wäre doch besser gewesen, man hätte den beiden Gruppen guttatsweise eine Vertretung in den Ausschüssen gegeben. Dr. Höhr sprach ähnliche Worte und meinte dann, die Wirtschaftspartei und die Kommunisten könnten ja eine Arbeitsgemeinschaft bilden, dann hätten sie Fraktionsstärke und würden auch nach formalem Recht eine Vertretung erhalten. D. Mager-Karlsruhe kam auf die Ursache des seinerzeitigen Ausschusses der Kommunisten aus den Ausschüssen zu sprechen und teilte unter großer Heiterkeit des Hauses mit, daß er jene beiden ominösen Artikel der Zentrumspreffe vom 8. Dezember v. J. beständig in der Tasche mit sich trage. Von Au wiederholte, der Zweck jener Artikel sei gewesen, zunächst die Kommunisten und dann die Wirtschaftsparteiler aus den Ausschüssen zu vertreiben. Die Zumutung Dr. Höhrs, mit den Kommunisten eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden, sei eine satanische Beleidigung, weil diese beiden Parteien ganz verschiedene Weltanschauungen hätten. Da sich die Debatte immer mehr zuspitzen drohte, drängte der Präsident zur Abstimmung, deren Ergebnis die Annahme des Antrages des Vertrauensmännerausschusses mit allen gegen 14 Stimmen war. Die Ausschüsse sind nun neu zusammengesetzt.

Nach diesem Präliminum ging man wieder an die Beratung des Voranschlags des Ministeriums des Innern. Die Berichterstatter des Haushaltsausschusses Dr. Glöckner von den Demokraten und Weißhaupt vom Zentrum gaben ein anschauliches Bild über die Vorberatungen. Da die Abgeordneten abends im Landestheater die Operette „Der Bettelstudent“ besuchen wollten, brach der Präsident gegen 6 1/2 Uhr die Sitzung ab und betraute die Weiterberatung auf Mittwoch vormittag um 9 1/2 Uhr an.

Baden darf auf eine Wirtschaftsvertretung in Berlin nicht verzichten.

Auf der Jahresversammlung der wirtschaftlichen Vereinigung der Unternehmerverbände Badens hielt Finanzminister Dr. Schmitt eine Rede, in der er einleitend daraufhin abhob, daß heute die wirtschaftlichen Fragen alle anderen überwiegen. Vielfach werde nun die Frage aufgeworfen, kann der Staat wie eine Aktiengesellschaft behandelt werden, oder muß er sich in anderer Weise einstellen. Da er es mit Menschen, mit Seelen zu tun hat, wird er eine Mittelstraße finden müssen. Er wird bei einer Zentralisation die Grenzen nicht überschreiten dürfen. Baden sei so weit von Berlin entfernt, daß man für manche unserer Fragen recht wenig Verständnis habe. Deshalb dürfen wir vor allem auf unsere wirtschaftliche Vertretung in Berlin nicht verzichten. Wir brauchen gerade im Einheitsstaat im Interesse unserer Wirtschaft eine nachdrückliche Vertretung unserer Wirtschaftsinteressen in Berlin. Die Vereinfachung und die Sparbarkeit bestehen nicht darin, daß man im Staatsbudget Ausgaben streicht und auf andere abwägt, sondern die Einsparungen bestehen darin, daß jeder und jede Organisation sich Spararbeit auferlegen. Der badische Staat hat im Vergleich zu anderen Ländern eine Vereinfachung seiner Verwaltung durchgeführt, die sich sehen lassen kann.

In diesem Zusammenhang warf der Finanzminister die Frage auf, ob sich nicht die Handelskammern wie auch die Genossenschaften einer Vereinfachung unterwerfen können. Eine Neuregelung des Genossenschaftswesens sei eine außerordentlich akute Frage und vielleicht werde es auch wieder möglich, daß in den Genossenschaften der ehrenamtliche Charakter der Betätigung zum Ausdruck komme.

Bürgermeisterwahlen.

In Reilingen bei Schwetzingen wurde der Kandidat der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Demokraten, Kaufmann Karl Eichhorn, mit 32 Stimmen zum Bürgermeister gewählt. Der Kandidat der Sozialdemokraten, bisheriger Bürgermeister Ludwig Kömpert, erhielt 11 Stimmen, der Kandidat des Zentrums, Landwirt und Feiler Krämer, 9 Stimmen. — Die Bürgermeisterwahl in Mühlbach hatte wiederum kein Ergebnis. Es erhielten Stimmen: Bürgermeister Schühle 29, Steindamermeister Emil Reimold 182 und Steinhauer Jakob Weisel 158. Wenn keiner der Kandidaten zurücktritt, ist wenig Aussicht vorhanden, daß der dritte Wahlgang zum Ziele führt. — In Huchenfeld bei Forstheim ist Bürgermeister Siegle mit knapper Mehrheit wiedergewählt worden. — In Hergimern wurde Schreinermeister Bernhard Freil mit 222 Stimmen zum Bürgermeister gewählt. Von den beiden anderen Kandidaten erhielten Anton Schüle 78 und David Günther 72 Stimmen. — In Wollenberg wurde Herr Andreas Hambricht mit 85 Stimmen gewählt. Die beiden Gegenkandidaten traten in letzter Stunde zurück. — In Hügelheim wurde der bisherige Bürgermeister Hermann mit 159 von 298 Stimmen wiedergewählt. Der Gegenkandidat Altbürgermeister Fähringer erhielt 125 Stimmen. — In Dattlingen wurde mit 103 von 111 Stimmen Bürgermeister Karl Sieb wiedergewählt. — In Eschbach wurde der Ortsvorstand Josef Schupp, in Teckeln der Bürgermeister Franz Schlegel und in Strittmatt Bürgermeister Adolf Kaiser, der dort schon 27 Jahre amtiert und 73 Jahre alt ist, wiedergewählt. — In Krozingen wurde Bürgermeister Eberle mit 844 Stimmen bei 861 abgegebenen Stimmen wieder zum Gemeindeoberhaupt gewählt. — In Ettenheim am 1. Mai wurde der bisherige Bürgermeister Theodor Tisch wiedergewählt. — In Schliengen wurde der bisherige Bürgermeister Brendlin mit 286 Stimmen wiedergewählt. — Die Bürgermeisterwahl in Nauchen verlief ergebnislos.

In Freiamt (Amt Emmendingen), 3. Juni. Gestern wurde der seitherige Bürgermeister Schneider nahezu einstimmig auf eine weitere neunjährige Amtsdauer wiedergewählt. Schneider war vor dem Kriege mehrere Jahre Landtagsabgeordneter der Demokraten.

K. Weisweil (bei Waldsüt), 2. Juni. (Bürgermeisterwahl.) Auch in hiesiger Gemeinde wird im Laufe dieses Monats die Bürgermeisterwahl stattfinden. Der bisherige Bürgermeister Franz Keller wurde wieder als Kandidat aufgestellt.

— Bärenbach, 2. Juni. (Bürgermeisterwahl.) Die gestern hier abgehaltenen Bürgermeisterwahl ergab die Wiederwahl des bisherigen Bürgermeisters Kraut mit 36 Stimmen. 24 Stimmen waren dagegen abgegeben.

Rationalisierung von Wirtschaft und Staatswesen

Jahresversammlung der wirtschaftlichen Vereinigung der Unternehmerverbände Badens.

— Karlsruhe, 5. Juni. Die wirtschaftliche Vereinigung der Unternehmerverbände, Abteilung Baden, hielt am Dienstag mittag im Hotel Germania ihre Jahresversammlung ab, die von dem Finanzminister Dr. Schmitt, dem Unterrichtsminister Leers, Oberbürgermeister Dr. Finter, den Präsidenten der Reichsbahndirektion und der Oberpostdirektion und einer Reihe höherer Ministerialbeamter, sowie zahlreicher Vertreter aus Industrie, Handel, Handwerk, Gewerbe und Landwirtschaft, die in der Vereinigung zusammengeschlossen sind, besucht war.

Der Vorsitzende der wirtschaftlichen Vereinigung der Unternehmerverbände, Handelskammerpräsident Lenei-Mannheim, begrüßte die Erschienenen und wies in einer längeren Ansprache darauf hin, daß die vor acht Jahren erfolgte Gründung der wirtschaftlichen Vereinigung schon eine Reihe schöner und praktischer Erfolge gezeitigt habe. Man dürfe stolz darauf sein, aus dem Chaos des Ruhrkampfes und der Inflation die Reichseinheit und die Währung gerettet zu haben und die Wirtschaft dürfe stolz darauf sein, daß sie, wenn auch unter harten Opfern für Arbeitgeber und Arbeitnehmer, den Tiefpunkt überwunden hat. Leider seien wir aber noch weit davon entfernt, zu normalen Verhältnissen zurückgekehrt zu sein oder die Gefahrenzone überwunden zu haben. Die Zuversicht, die an dieser Stelle im letzten Jahre zum Ausdruck gekommen sei, habe nicht getragen. Die Früchte unvermeidlicher Anstrengung, der Erfolg der Konzentrierung und Rationalisierung seien in einer Belebung der Wirtschaft und im Zusammenhang mit ihr in einer bedeutenden Abnahme der Zahl der Erwerbslosen zum Ausdruck gekommen. Aber mit der Antarkelung der Wirtschaft allein sei es nicht getan. Man müsse nicht nur arbeiten, sondern auch verdienen und dazu kommen, die Summen, die wir zur Erhaltung, Modernisierung, Rationalisierung und zur Erweiterung unserer Wirtschaft benötigen, aus dem Ertrag unserer Arbeit zu bestreiten. Wenn wir auch vorerst noch nicht auf fremde Kapitalhilfe verzichten können, so dürften wir doch keinen Augenblick vergessen, daß jede Pumpwirtschaft ihre Grenzen hat, daß, wie der einzelne Unternehmer, auch die Gesamtheit ihre Schulden bezahlen und abtragen muß, wenn wir nicht rettungslos fremder Hörigkeit verfallen wollen.

Über schon die nicht mißzuverstehende Warnung des Reparationsagenten sei vielfach, so führte Präsident Lenei weiter aus, nicht richtig eingeschätzt worden. Die Erfahrungen der Inflation seien unbegreiflich schnell vergessen worden. Es sei ein verhängnisvoller Irrtum, zu glauben, daß Lohnerböhung und Arbeitszeitverkürzung allein eine Besserung der Lebenslage breiter Volksschichten herbeiführen können. Solange nicht eine Steigerung der Arbeitsleistung erreicht werde, müsse jede Verteuerung der Erzeugnisse zu einer Steigerung des Lebenshaltungsindezes führen und dadurch die Wirkung einer Lohnerböhung aufheben. Der steigende Großhandelsindex und die nur langsame Abnahme der Erwerbslosenzahl seien ernste Mahnungen. Die Klagen über die unerträgliche Höhe unserer Steuern nähme gar nichts, wenn nicht die Ursache dieser Ueberlastung erkannt werde. Die Erfahrungen der Rationalisierung, die der Wirtschaft so große Erfolge beschert haben, müssen wir auch auf die Verwaltung ausdehnen. Der Leerlauf, die Viel- und Gegenüberarbeit muß energig bekämpft werden. Wir müssen unser Haus in Ordnung bringen aus eigenem Willen, ehe es zu spät ist.

Anschließend sprach als Vertreter des Handwerks der Präsident der Mannheimer Handwerkskammer Groß, der u. a. ausführte, daß dem Handwerk vor allem die Bildung neuen Betriebskapitals außerordentlich erschwert sei. Dies würde sich um so ungünstiger auswirken, als der Zahlungseingang sehr schleppend ist. Ueber das Borgsystem werde schwer geklagt. Die Not des Handwerks hätten ihren tiefen Grund in den Strukturveränderungen unserer Wirtschaft.

Das Handwerk habe die Zeichen der Zeit verstanden; das gebe den Bestrebungen des Forschungsinstituts für rationelle Betriebsführung hervor. Aber die Selbsthilfe habe ihre natürlichen Grenzen und darüber hinaus sei es Pflicht der verantwortlichen Stellen, die wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen so einzurichten, daß das Handwerk sie ertragen kann, aber nicht benachteiligt wird.

Für die badische Landwirtschaft sprach im folgenden Dr. Douglas, der einleitend betonte, daß die Mitwirkung der Landwirtschaft in der wirtschaftlichen Vereinigung schon viel gutes gebracht habe. Im Vordergrund aller Erörterungen habe heute das Agrarproblem und hierbei wieder die Frage der Zulassung der Produktion an den Konsumenten auf dem einfachsten Wege in dieser Hinsicht sind wir in Deutschland noch außerordentlich weit zurück. Es ist bis heute noch unendlich wenig geschehen, um die großen Verbraucherkreise Deutschlands mit den großen Kreisläufen der Wirtschaft zusammenzuführen. Die Lösung dieses Problems wird die Wirtschaft ihre besondere Aufmerksamkeit widmen müssen und die Frage zu lösen suchen, wie sie auf einfachem und kurzem Wege die Qualitätsware den Konsumenten zuführen kann. Die Landwirtschaft hatte Gelegenheit, in ihrer Mitarbeit mit den Gruppen des Handels und des Handwerks in der wirtschaftlichen Vereinigung der Unternehmerverbände, den Blick zu weiten und die Höhe der Berufsgruppen zu erkennen. In der Fortsetzung dieser engen Zusammenarbeit wird sie der Lösung ihrer Aufgaben näher kommen.

Hierauf nahm namens des Staatsministeriums Finanzminister Dr. Schmitt das Wort zu längeren Ausführungen, die wie folgt an anderer Stelle mitteilen.

In einem Vortrage „Was erhofft die badische Wirtschaft von einer Vereinfachung und Verwaltungsreform?“ erörterte Generaldirektor Dr. Aengeneh die Reformfrage als Gesamtproblem der Rationalisierung. Der Redner berührte dabei vor allem die Vereinfachung der Gesetzgebung, die Errichtung eines Landeswirtschaftsrates, der die Arbeiten der Regierung und des Parlamentes zu vereinfachen imstande wäre, sodann eine Verwaltungsreform im Sinne der Vereinfachung und Verbilligung. So müßten auch die badischen landwirtschaftlichen Organisationen auf den Boden einer Einheitlichkeit gestellt werden, desgleichen die Organisationsformen der Werke, wo ebenfalls eine Vereinfachung der Organisationsform notwendig sei. Die Reorganisation der Staatsverwaltung würde dem Wirtschaft vor dem wirtschaftlichen Kollaps bewahren. Man könne der Fall sein, daß ein zu harter Abbau von Behörden eine zu weitgehende Zusammenlegung von Beamten für die Verwaltung mehr Schaden als Nutzen bringe. Eine Vereinfachung sei zu erreichen durch den Abbau öffentlicher Aufgaben, der frühere Verwaltungszustand sei zum Wohlfahrtsstaat geworden. Es sei die Frage, ob heute der Staat finanziell in der Lage sei, so weitgehende Aufgaben zu übernehmen. Die Durchführung aller nicht durch den Kriegslust des Krieges zwangsläufig gewordenen Aufgaben werde über die Grenze finden müssen in der finanziellen Tragbarkeit. Den möglichen gebenden Stellen müsse man zurufen: Reformiert die Verwaltung und Verwaltung und reformiert sie bald. (Starker Beifall.)

Präsident Lenei faßte in einem Schlußwort die Gedanken der Referate dahin zusammen, daß auf allen Gebieten rationalisiert werden muß. Einer solchen Rationalisierung muß sich auch der Gesetzgeber unterwerfen. Die Rationalisierung läuft zwar Gefahr, ein Schlagwort zu werden, aber ohne Rationalisierung werden wir nicht mehr auskommen.

Nach der Jahresversammlung fand eine Besichtigung der amerikanischen Muster eingerichteten Nähmaschinenfabrik Halb & Neu statt.

Ein scheußliches Verbrechen.

Luftmord an zwei Lehrerinnen?

— Freiburg, 5. Juni. Einem scheußlichen Verbrechen ist, wie bereits in einem Teil der letzten Ausgabe der „Badischen Presse“ kurz mitgeteilt worden ist, eine junge Lehrerin aus Mannheim namens Gessberg zum Opfer gefallen. Sie hatte am vorigen Donnerstag mit einer gleichaltrigen Verwandten, die ebenfalls Lehrerin ist, einen Ausflug in das Feldberggebiet unternommen. Als der Vater keine Nachricht erhielt, wandte er sich gestern an die Freiburger Kriminalpolizei, die sofort Nachforschungen anstellte. Heute vormittag gegen 9 1/2 Uhr wurde nun eine der beiden Lehrerinnen mit durchschnittenen Kehle auf dem Thurner oberhalb Breinau gegen die Weistannenhütte zu tot aufgefunden. Alle Anzeichen lassen darauf schließen, daß ein Luftmord vorliegt. Von der anderen Lehrerin fehlt bis jetzt noch jede Spur. Die Nachforschungen der Kriminalpolizei werden fortgesetzt. Die beiden Damen sollen sich in Begleitung eines jungen Mannes befunden haben, nach dem die Kriminalpolizei ebenfalls fahndet. Es ist sehr wahrscheinlich, daß auch die zweite Lehrerin einem Mord zum Opfer gefallen ist.

Wie weiter gemeldet wird, ist heute mittag die Leiche der zweiten vermißten Lehrerin aufgefunden worden. Die Leiche lag 150 Meter von der ersten Fundstelle entfernt. Die beiden Damen waren aus Gengenbach gebürtig und in Mannheim als Lehrerinnen angestellt. Sie waren 36 und 26 Jahre alt. Als Täter des Luftmordes sollen mindestens zwei Männer in Betracht kommen.

Die beiden Damen hatten noch am Donnerstag im Gasthaus zum „Turner“ übernachtet und wollten dann auf dem Höhenweg nach dem Feldberg wandern. Dort sollten sie von dem Vater der einen erwartet worden sein, ohne daß sie aber ankamen. Jemand, welcher Anhaltspunkte über den oder die Täter hat man noch nicht. Es hat sich wohl im Turner-Gasthaus ein junger Mann etwas verdächtig benommen, jedoch kann auch das eine Mutmaßung sein. Die Erregung über diese abscheuliche Tat ist naturgemäß außerordentlich groß.

Δ Piedolsheim, 4. Juni. (Preisgekrönt.) Der Musikverein „Lyra“ errang bei dem gestrigen Musikwettbewerb in Pforz, unter der Leitung seines bewährten Dirigenten, Kapellmeister Viltgers aus Karlsruhe, bei starker Konkurrenz den ersten Preis mit Ehrenpreis, bestehend aus Ehrendiplom und goldenem Pokal. Lyra hatte mit 90 Punkten die beste Tagesleistung der mittleren Klasse erreicht.

— Niesern, 5. Juni. (Verkehrskörung.) Am 4. Juni abends gegen 6 Uhr wurde in der Nähe des Bahnhofs Niesern ein eiserner Ueberlandträger durch heftigen Gewittersturm umgerissen und auf den Bahnhofsperon geworfen; dadurch waren am Bahnhof Niesern beide Hauptgleise der Mühlader-Strade etwa zwei Stunden gesperrt. Ein Hilfszug war bald zur Stelle. Der durchgehende Verkehr wurde teils durch Kraftwagen, teils durch Umsteigen aufrecht erhalten.

— Heidelberg, 4. Juni. (Weichenlindung.) Am Samstag wurde beim alten Turbinenhaus eine unbekannte männliche Leiche aus dem Nedar gefändet. Es handelt sich um die Leiche eines etwa 40-50 Jahre alten Mannes.

Δ Schonnach (Triburg), 5. Juni. (Großfeuer.) In der sogenannten Vogte brannte das dem Wolfbauer Duffner gehörige Anwesen nieder. Die Feuerwehr konnte beim Erscheinen nicht mehr viel ausrichten. Das Vieh konnte nur mit großer Not gerettet werden. Einige Schweine sollen mitverbrannt sein. Der Gebäudeschaden wird auf 40 000 Mark beziffert. Die Ursache des Feuers ist noch nicht ermittelt.

Steinbombardement auf Polizeibeamte.

— Mannheim, 4. Juni. Ein 35 Jahre alter Kraftwagenführer fuhr am Samstag mit einer Zugmaschine und zwei mit Kies beladenen Anhängerwagen durch die Neckarauer- und Gartenstraße in Richtung Rheinau. Da er angetrunken war, war er nicht mehr in der Lage, sein Fahrzeug sicher zu steuern. Er wurde deshalb von einem Polizeibeamten vorläufig festgenommen. Mehrere der Nähe beschäftigten Arbeiter packte dies nicht; sie zogen sich daraufhin zusammen, bewarfen die einströmenden Polizeibeamten mit Steinen und drangen mit Knüttel auf sie ein. Dem festgenommenen Kraftwagenführer gelang es, sich in dem entstandenen Handgemenge zu befreien und die Flucht zu ergreifen. Die Polizeiführer konnten von der Polizei festgenommen werden. Auch der entwichene Kraftwagenführer wurde ermittelt und festgenommen.

r. Flehingen, 4. Juni. (Feuer.) In dem Anwesen des Schmiedemeisters Friedrich Kolb brach Feuer aus, das den Dachstuhl zerstörte, bis es der umsichtig arbeitenden Feuerwehr gelang, das Brandes Herr zu werden. Der Schaden ist allerdings dadurch vermindert, daß infolge des Wasserbeschusses das Haus völlig abgedorfen wurde.

Bruchsal, 2. Juni. (Gegen die städtischen Regiewerksstätten.) In einer vom hiesigen Gewerbeverein einberufenen öffentlichen Versammlung wurde nach Erörterung städtischer Angelegenheiten eine Entschließung einstimmig angenommen, in der gefordert wird, die städtischen Regiewerksstätten verschwinden, weil sie sehr unrentabel für die Handwerker seien, ferner wird gefordert, daß städtische Lieferungen absehend an hiesige Unternehmer ohne Ausschreibung vergeben werden.

r. Samböden, 4. Juni. (Orgelweihe.) Das Fest der Orgelweihe bildete für die hiesige Kirchengemeinde einen Festtag. Nach dem Oberpfarrer Gutfleisch die Bedeutung der Orgel im Gottesdienst gelehrt hatte, wurde die neue Orgel in ihrer Klangschönheit durch Rektor Theobald Ziegler-Karlsruhe vorgetragener Unter der Stabführung von Oberlehrer Hofmann gab hierzu eine Kirchengänger Probe seines Könnens. Nachmittags fand eine weltliche Feier statt, bei der der Ortsgeistliche, Pfarrer Mehrbrunn warme Worte des Dankes an alle diejenigen richtete, die zum Gelingen des Werkes beigetragen hatten.

Δ Singen a. N., 4. Juni. (Der falsche Vater.) Vor einigen Tagen hat hier und in der Umgegend ein angeblicher Augustinerpater Geldbeträge für eine Mission gesammelt. Da eine solche Sammlung u. a. auch in Radolfzell vorgenommen wurde, von kirchlicher Seite nicht genehmigt worden ist, nimmt man an, daß es sich um einen Schwindler handelt, der eine schwarze Kutte und Sanktens trägt und ungefähr 35 Jahre alt ist.

Δ Heiligenberg am Bodensee, 4. Juni. (Aufwertung.) Der Verbandsausschuß der Bezirks-Spartasse Heiligenberg (Baden) Offentliche Verbandsparlasse — hat in seiner letzten Sitzung den Sach für die Aufwertung der alten Spareinlagen auf 20 Prozent festgesetzt.

BADEN-BADEN
Peter's Bad-Hotel
„ZUM HIRSCH“

120 Zimmer mit fließendem Wasser und Reichsthepphen, vorzügliche Küche, im Hause, Konferenzsäle, Pension 11.— bis 18.— je nach Saison.

Deutsches Lied am deutschen Rhein

Niederkrantz-Freundschaft Steinmauern. Goldenes Jubiläum mit Gesangswettbewerb.

Als Mitte des vorigen Jahrhunderts in unserem deutschen Vaterlande Gesangsvereine ins Leben gerufen wurden, fanden sich auch hier einige langgestrige Männer, welche sich zunächst zwanglos zusammen-

schlossen, um den Gesang zu hegen und zu pflegen. Sie hatten das Bestreben, alsbald einen Verein zu gründen. Dieser Verein erhielt dann im Laufe der Jahre den Namen „Niederkrantz-Freundschaft“ und feierte am 2., 3. und 4. Juni sein fünfzigjähriges Bestehen.

Die Feierlichkeiten begannen am Samstagabend um 6 Uhr nach alter deutscher Sitte mit einer Totenkehrung auf dem Friedhof, der um 9 Uhr ein Campionzug durch den Festort folgte.

Musikdirektoren Kern-Frankfurt a. M. und Luz-Hedelberg. Ihrem Urtel unterstellten sich 18 Vereine mit rund 750 Sängern.

Am Ehrenfesten beteiligten sich 4 Vereine mit 350 Sängern. Es wurden zum Teil recht gute Leistungen vollbracht.

Um 1/2 12 Uhr stellte sich der Festzug auf und bewegte sich durch die festlich geschmückten Straßen des Dorfes nach dem Festplatz, wo alsdann der Festakt stattfand.

Zunächst entbot der 1. Vorstand, Schmitt, unter einem Hinweis auf die Bedeutung des Tages, den Willkommgruß. Bürgermeister Frey als Orator rief den Festteilnehmern ebenfalls ein Willkommen zu und dankte für die vorzüglichen Leistungen der Sänger beim edlen Wetstreit.

Der Geburtstag des „Niederkrantz-Freundschaft“ sei der Geburtstag der ganzen Gemeinde. Hauptlehrer Huber sprach über die Bedeutung des Liedes und brachte am Schluß seiner Ausführungen ein Hoch auf das deutsche Lied aus.

Herr R. Simeel, Vorstand des Kriegerevereins, der die Patenstelle übernommen hatte, überreichte die Glückwünsche des Patenvereins und hießte als Patengesicht einen goldenen Vorberkranz an die Fahne.

Zum Abschluß des Festaktes sangen die Vereine unter Morik's Stabführung als Gesamtchor „Ewig liebe Heimat“. Es war erhabend, diese machtvoll brausenden Klänge anzuhören.

mit Ehrenpreis mit 128 1/2 Punkte (beste Tagesleistung in den regulären Klassen, Kette, Fokal und Dirigentenpreis).

Sonderklasse I, bis 30 Sänger: „Niederkrantz“ Rittersburg (Dirigent W. Hauger) la-Preis mit Ehrenpreis mit 114 1/2 Punkte. Sonderklasse II, 31 bis 50 Sänger: 1. „Freundschaft“ Conweiler (Dirigent Ruppert) la-Preis mit Ehrenpreis mit 133 Punkte (beste Tagesleistung der Sonderklassen, Kette, Fokal und Dirigentenpreis).

Sonderklasse III, über 50 Sänger: „Frohinn“ Bietshheim (Dirigent Franz Müller) la-Preis mit Ehrenpreis mit 131 1/2 Punkte (Kette, Fokal und Dirigentenpreis).

Am Freitagabend um 8 Uhr fand im Saal des Gasthauses zur Rose ein Konzert statt, welches einen großartigen Verlauf nahm. Als Solisten wirkten mit Emilie Anser-Steinmauern und Fritz Stoffel-Mannheim.

Das Jungmann'sche Männerquartett Mannheim und der Eisenbahngesangverein „Fügelrad“ Nassat haben durch Vortrag verschiedener Lieder die Feier verschönert. Fritz Stoffel erwies sich als ein gutbegnadeter Sänger mit einer klangvollen ausgiebigen Tenorsstimme.

Die Krönung des Abends bildete „Wieland, der Schmied“, ein schwingvoller Heimatchor mit Orchesterbegleitung. R. Morik regte sich als vortrefflicher und sicherer musikalischer Leiter, der seinen Chor fest in der Hand hat.

DANKSAGUNG Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme beim Tode unseres lieben Vaters Christian Bengel

Gelegenheitskauf Gute Gemälde, Barockstand- und Biedermeier-Uhr, alte Porzellane u. Kunstgegenstände billig abzugeben.

1 neue große emaillierte Badewanne, sehr billig zu verkaufen.

Küchen 95.- 150.- 225.- Möbel-Baum, Lebrinzenstr. 30 am Ludwigplatz.

Grammophon Gehäuse, zum Selbstbau od. f. Radioeinbau, einsteckbar, billig zu verkaufen.

Damenrad, fast neu, zu verkaufen. Damen- und Herrenfahrern, mit 121 Punkte (Kette, Fokal und Dirigentenpreis).

Vorgarten-Einfriedigung, mit Steinmauer, sowie Einzangstüre in schön. Sandsteinpfeilern, hat zu verkaufen.

1 Lieferwagen, 6/16, mit off. Britische, 2 m lang, 1,40 breit, 80 Liter, Motor, 1. Reparaturwerkstatt.

Auto-Reifen, (Bullst. u. Drahtreifen), f. a. erb., alle Gr. von 15. an, Schlauche à 11.60 - 11.80.

Adler-Wagen, 5/14, vierstül, offen, f. a. erb., 2000 cc, 2000 cc, Motor, 1. Reparaturwerkstatt.



Jeder Chevrolet hat ein Jahr Garantie - Bequeme Zahlungsbedingungen

Auch für Sie Kraft, Stärke, Schnelligkeit

Der große, starke Chevrolet bietet Ihnen gesteigerte Kraft, noch größeres räumliches Behagen, noch größere, nie versagende Sicherheit.

- Touring, 5 Sitzer M 3725
Coach, 5 Sitzer 4250
Sedan, 5 Sitzer 4625
Imperial-Landau Sedan 4920
Sport-Coupé, 4 Sitze . . 4650
1/2-Lieferwagen-Chassis 2895
1/2-Lastwagen-Chassis 3795

GENERAL MOTORS G.M.B.H., BERLIN-BORSIGWALDE
Autorisierter General Motors-Händler für Chevrolet
Mittelbadische Automobil G. m. b. H., Karlsruhe, Kaiserallee 62, Telefon 6649.

Gelegenheitskauf, 1. Kamin, 2. Kamin, 3. Kamin, 4. Kamin, 5. Kamin, 6. Kamin, 7. Kamin, 8. Kamin, 9. Kamin, 10. Kamin.

Gelegenheitskauf, 1. Kamin, 2. Kamin, 3. Kamin, 4. Kamin, 5. Kamin, 6. Kamin, 7. Kamin, 8. Kamin, 9. Kamin, 10. Kamin.

Gelegenheitskauf, 1. Kamin, 2. Kamin, 3. Kamin, 4. Kamin, 5. Kamin, 6. Kamin, 7. Kamin, 8. Kamin, 9. Kamin, 10. Kamin.

Südwestdeutsche Industrie- und Wirtschafts-Zeitung

Frankfurter Abendbörse.

Frankfurt, 5. Juni. (Frankfurt.) Gegenüber der schwachen Mittagsbörse eröffnete die Abendbörse wieder leicht befehligt. Am Rentenmarkt Diskont um 1, Commerzbank um 0,75 und Danat um 1 Prozent leichter. Von Montanwerte Rhein, Braunkohlen 2,5 Prozent schwächer, Mannesmann dagegen 1 Prozent fester. Metallaktien eher etwas leichter, Deutsche Erdöl unverändert. Licht und Kraft konnten 1 Prozent gewinnen. Dagegen gaben Westfälische 1,25 Prozent nach. Die übrigen Elektroaktien waren gut beauftragt, Westfälische leicht befehligt. Schiffbauaktien freudvoller. Anleihen ebenfalls gut beauftragt. Der Rentenverkauf war nicht ganz einseitig. An der Nachbörse nannte man haben etwa 1 Prozent niedriger. Dagegen Metallaktien sehr gut gehalten. Rentenindustrie 281,25, Siemens 362,25, Waldböf 321,5, Altschaffensbura Zellstoff 207, AEG, 186,5.

Anleihen: Mittelst. 51,50, Rendest. 19,60, 4 Proz. Dt. Schuldgebiete 7,70.

Banaktien: Barmer Bankverein 151,5, Commerz- und Privatbank 150,5, Darmstädter, und Nationalbank 281,25, Deutsche Bank 171,75, Disconto-Gesellschaft 167,75, Dresdner Bank 169,25, Metallbank 156, Reichsbank 280,5, Westf. Kredit 85,37.

Verkehrsmittel: Norddeutscher Lloyd 84,5, Alse Berg 273, Railfahrersleben 224, Westeregeln 224, Altschaffensbura 135,5, Mannesmannröhren 157,75, Mannfelder Bergbau 120,5, Phönix Bergbau 10, Rhein-Estahl 171,5, Ber. Königs- und Laurahütte 75,5, Ber. Stahlwerke 102, Transportwerte: Hamb. Amerik. Paketf. 169,75, Nordd. Lloyd 160,75.

Industriekonten: Altschaffensbura 97,5, AEG, Stammaktien 187,25, Bergmann Elektriz. 212, Daimler Motor 116,75, Dt. Erdöl 154,5, Dt. Gold-Edelmetalle 209,5, Dt. Kinnolmerke 245, Elektr. Licht u. Kraft 237,5, F. G. Borben 282,5, Felten u. Guilleaume 135, Frankf. Maschinen 72, Gestell 288,5, Goldschmidt 26, 102, Holzmann 150, Holzverleihung 95, Junghans Gebr. 91, Metallgesellschaft 198,5, Schindler & Nierberg 212,5, Siemens u. Halske 362,5, Thür. Pfl. Werke 107,5, Verein f. chem. Ind. 90,25, Voigt u. Pfaffner 206, Wagg. u. Prentag 158, Zellstoff Waldböf 320.

Warenmarkt.

Stuttgart, 5. Juni. (Drohbericht.) Viehmarkt. Kuftrieb: 26 Schen, 32 Bullen, 186 Rube, 393 Jungrinder, 330 Jungrinder, 1137 Kühe, 1 Schwein, 2 3/4 Schweine, 2 Zerkaufl. Mit Großvieh, Silberner Rubin, Uebertrieb mit Schweinen rubig, feste Schweine vernachlässigt. Preise je 50 Kilo Lebendgewicht: Schen 46-58, Bullen 42-50, Kühe 14-47, Jungrinder 44-60, Räder 59-84, Schweine 57-63, Sauen 45 bis 55 RM.

Metalle.

London, 5. Juni. Metallmarkt. Kupfer: Tendenz fest; Standard per Tonne 64 1/2-64 3/4, per 3 Monate 64 1/2-64 3/4, Zentr. Preis 64 1/2, Elektrolof 68 1/2-69 1/2, best selected 67-68 1/2, Elektromotoren 69 1/2. Zinn: Tendenz fest; Standard per Tonne 228 1/2-229 1/2, per 3 Monate 228 1/2-229 1/2, Zentr. Preis 228 1/2, Banca 229 1/2, Straits 228 1/2. Blei: Tendenz stillig; ausländ. prompt 21 1/2, engl. 21 1/2, Zentr. Preis 21 1/2. Zink: Tendenz ruhig; gewöhnl. prompt 25 1/2, engl. 25 1/2, Zentr. Preis 25 1/2. Quecksilber 22 1/2-22 3/4, Wolfram 104. Kupfererz 20 1/2-21.

Amerikanische Getreidenotierungen.

Chicago 5. Juni. (Frankfurt.) Weizen: Tendenz fest; Juli 143 1/2-143 3/4, September 145 1/2-145 3/4, Dezember 147 1/2 bis 147 3/4. Mais: Tendenz stillig; Juli 104 1/2, September 103 1/2, Dezember 88 1/2. Gerste: Tendenz stillig; Juli 58 1/2, September 46, Dezember 48. Roggen: Tendenz fest; Juli 125 1/2, September 119 1/2, Dezember 120 1/2. (Alles in Cent je Bushel.)

Industrie und Handel.

M. Bassermann u. Cie. A.-G., Schwaben. Bei einem Abverkauf von 713 225 RM. und nach Abzug der Unkosten, Steuern usw., sowie nach Abschreibung von 30 246 RM. und Rückstellung von 4 250 RM. wird nach dem Abschluss der Generalversammlung aus dem einseitigen D i v i d e n d e n d e von 6 Prozent auf die Vorzugs- und Stammaktien verteilt. In Berücksichtigung ist dabei, dass die Dividende auf das im vergangenen Jahr um 200 000 RM. auf 707 500 RM. erhöhte Aktienkapital zur Ausschüttung gelangt. 3 960 RM. werden auf neue Rechnung vorgezogen.

Aus dem Kaufmännischen Konzern. Die Generalversammlung der zum Kaufmännischen Konzern gehörenden Altschaffensbura A.-G., Mannheim, in der 1,04 Millionen RM. Aktienkapital vertreten waren, setzte die Dividende aus dem nach 157 639 RM. Abschreibungen verbleibenden Reingewinn von 308 622 RM. auf 10 Prozent fest und überwies 35 000 RM. auf Dividendenkonto, wovon unverändert 30 000 RM. Vortrag verbleiben. Die in den letzten Monaten eingetretene starke Abwärtsbewegung hat sich, wie auf Anfrage mitgeteilt wurde, in den letzten Wochen etwas vermindert.

Altschaffensbura für Zellindustrie vorm. Ferd. Wolff, Mannheim-Neckarau. In der G.V. in der 15 Aktionäre vertreten waren, wurden die Regularien einkommensgemäß und den Verwaltungsmitglidern Entlastung erteilt. Antragsgemäß wird aus dem Reingewinn von 68 919 (127 467) RM. auf die A.G. eine Dividende von wieder 6 Prozent, auf die Stammaktien eine solche von wieder 5 Prozent verteilt. Auf neue Rechnung werden 9749 (7219) RM. vorgezogen.

Ansichtungsanstalt Westfalen A.-G. Bielefeld. Diese Tochtergesellschaft der Gebrüder Westmann A.-G. in Bielefeld verzeichnet für das Geschäftsjahr 1927 einen Reingewinn von 265 642 (178 876) RM., wozu noch aus dem Vorjahr ein Vortrag von 18 876 RM. tritt. Hieraus wird aus dem Dividendenkontos Nr. 2 ein Betrag von 60 RM. ausgeschüttet. Abschreibungen wurden in Höhe von 370 871 (285 507) RM. vorgenommen, während der Erneuerungsrücklage diesmal nichts angeführt wurde (i. B. 200 000 RM.). Der Betriebsergebnis betrug 1 214 460 auf 1 141 208 RM. zurück. Die Einnahmen aus Zinsen und Mieten stiegen dagegen von 43 884 auf 54 943 RM. Andererseits ermäßigten sich die Generaluntkosten auf 307 345 (593 910) RM. einzahl. Steuern und soziale Kosten, die 1927 geändert mit 252 294 RM. ausgewiesen wurden. An der Bilanz erscheinen u. a. Kreditoren mit 127 346 (98 150), Debitoren mit 644 068 (341 546), Bankguthaben und Kasse, Schecks und Wechsel 309 224 (544 700), Vorräte 318 703 (302 477) RM.

G. R. Hoff A.-G., Röhrenfabrik in Kaiserslautern. Das im Jahre 1926 in eine Aktiengesellschaft umgewandelte Unternehmen legt fest seine zweite Bilanz nach der Umänderung vor. Die Gewinn- und Verlustrechnung gibt nur einen zusammengefassten Gewinn von allen Konten nach Abzug sämtlicher Unkosten und Ausgaben in Höhe von 900 517 RM. wieder. Der Reingewinn beträgt für 1927 einzahl. 42 607 RM. Vortrag nach Abschreibungen von 253 424 (494 463) RM. insgesamt 547 093 (689 637) RM. Für die Verteilung des wirklichen Betriebsergebnisses sind diese mangelhaften Angaben natürlich ganz unzureichend. Im vorigen Jahr wurde noch eine Rücklage für Steuern und sonstige Zwecke in Höhe von 1 Mill. RM. gemacht. Die Verteilung des Gewinnes ist leider ebenfalls nicht bekannt. In der Bilanz erscheinen bei einem Aktienkapital von 4 Mill. RM. Verbindlichkeiten mit 11,48 (9,25) Mill. RM. Außerdem waren Rückstellungen für Steuern und sonstige Zwecke mit 900 000 RM., ein Reservefonds von 370 400 (mit i. B. 3,1) RM. und eine kleine gesetzliche Reserve von 17 000 RM. vorhanden. Auf der Vermögensseite liegen Aktienkurse auf 11 008 136 (10 183 452) RM. und Vorräte auf 2 893 457 (2 466 312) RM. Die Konten Kasse, Wechsel und Effekten sind auf 587 536 RM. zusammengefasst. Die Bilanzsumme beträgt 17 361 913 RM. In der Generalversammlung wurden die vorstehenden Bilanzdaten genehmigt und die turnusmäßig ausstehenden Ausschüttungs-Mittel wiedergeteilt.

Gewerkschaft Math. Stinnes. — Math. Stinnes G. m. b. H. Die Gewerkschaft Mathias Stinnes in Carnap bei Essen hat die Anteile der Hauptbeteiligten an der Firma Mathias Stinnes G. m. b. H., Mathiesmühl, übernommen. Die beiden Geschäftsführer der Mathias Stinnes G. m. b. H., die Herren Kommerzienrat Gerhard Köchen und Kommerzienrat Leo Stinnes haben gleichzeitig ihr Amt als Geschäftsführer niedergelegt. Beide Herren gehören dem Grubenvorstand der Zeche Mathias Stinnes und dem Gemeindefiskusrat der Interessengemeinschaft Mathias Stinnes-Milchener Bergwerksverein an. Zum Geschäftsführer der Mathias Stinnes G. m. b. H. wurde das Direktionsmitglied der Zeche Mathias Stinnes, Herr Generaldirektor S p i n d l e r, berufen. Zur Erläuterung der vorstehenden Meldung ist darauf hinzuweisen, dass die Zeche „Mathias Stinnes“ ausschließlich Familienbesitz der Familie Stinnes ist und zwar befindet sich die Majorität im Besitz der Familie Hugo Stinnes. Es folgt daher zwangsläufig aus dieser Transaktion, dass die Kohlenhandelsfirmen Hugo Stinnes G. m. b. H. und Math. Stinnes G. m. b. H. zukünftig aufsergeht zusammenarbeiten werden. Dies bedeutet eine wesentliche Stärkung des reinen Familienunternehmens.

Generalversammlungen im Waldhofkonzern

Günstige Absatzaussichten. — Ungünstige Preise.

Die Generalversammlung der Zellstofffabrik Waldhof setzte die Dividende auf 12 Prozent fest. Die Beschäftigung sei, wie mitgeteilt wurde, gut. Die Produktion für das laufende Jahr sei zum größten Teil ausverkauft. Man zweifle nicht daran, dass der noch unverkaufte Rest der Produktion, sowie die Erzeugnisse des neuen Werkes in Kessheim in Baden ohne Schwierigkeiten untergebracht werden können. Im ganzen genommen sei die Zellstoffoffenmarktstruktur gut, aber die Preise seien noch nicht besser geworden, wenn auch die starken Verschiebungen durch den Streik in Schweden durch die Gründung der neuen Zellstofffabrik G. m. b. H. weggelassen sind. Die Zellstofffabrik sei als Kartell der deutschen Zellstofffabriken gedacht und viel kritisiert worden. Sie sei erst jetzt — am 1. Juni — in Kraft getreten und wenn es auch noch nicht vollkommen sei, so glaube man doch eine Stabilisierung der Preise durch sie herbeiführen zu können. Die Preise für Papier seien bei guter Beschäftigung gegenüber den Durchschnittspreisen vom Jahre 1927 ungeschätzt um 10 Prozent zurückgegangen.

Die Generalversammlung der zur gleichen Gruppe gehörenden Papierfabrik Dillweihenstein, in der das gesamte Aktienkapital von 520 000 RM. vertreten war, beschloss die Erhöhung des Grundkapitals um 480 000 auf 1 Million RM. Die neuen ab 1. Januar 1928 Dividende berechneten Aktien sollen zu pari gezeichnet werden.

Die Generalversammlung der von der Zellstofffabrik Waldhof teilweise betriebenen Pappmüllerei A.-G., beschloss, die gesamten Einnahmen von 343 641 RM. vollkommen zu Abschreibungen auf die Fabrikanlagen zu verwenden.

Bei der Bahngesellschaft Waldhof sind die gesamten Einnahmen einschließlich Vortrag von 261 978 RM., auf 208 836 RM. zurückgegangen. Die Generalversammlung beschloss, aus dem Reingewinn 5 Prozent der Rücklage auszuführen und die restlichen 6 536 (2 795) RM. vorzutragen.

Bei den 3 Gesellschaften Dillweihenstein, Pappmüllerei und Bahngesellschaft wurde an Stelle des verstorbenen Kommerzienrat Clemm Direktor Deutsch von der Zellstofffabrik Waldhof in den Aufsichtsrat gewählt.

Deutsche Steinzeugwarenfabrik

für Kanalisation und chemische Industrie in Friedrichsfeld (Baden).

Die vermehrte Buntartigkeit des Geschäftsjahres 1927 brachte nach dem Bericht des Vorstandes dieses Unternehmens den von ihr abhängigen Industrien eine erfreuliche Belebung. Infolgedessen waren auch die Vertriebsabteilungen der Deutsche Steinzeugwarenfabrik aufrechterhalten beschäftigt. Diese Belebung drückt sich auch in den Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnung aus. So ist der Ueberlass auf Warenkonto abzüglich Handlungsunkosten von 1 301 454 auf 1 777 579 RM. gestiegen. Zinsen und sonstige Einnahmen beliefen sich auf 109 993 (75 463) RM. Andererseits wurden für Steuern 704 153 (424 822) RM. und für Versicherungen 221 693 (141 675) RM. verausgabt. Nach Abschreibungen von 275 836 (232 455) RM. verbleibt zusammen mit dem 14 159 RM. Vortragenden Vortrag aus 1926 ein Reingewinn von 759 828 (602 299) RM. Der am 16. Juni stattfindenden Generalversammlung soll bekanntlich vorgeschlagen werden, eine Dividende in Höhe von 12 auf 15 Prozent vorzuschlagen und u. a. 28 817 RM. vorzutragen.

Wie dem Vorstandsbericht weiter zu entnehmen ist, lag das Exportgeschäft trotz offeneren Junimonds des Abfahres immer noch sehr darnieder. Die Entwicklung der ausländischen Steinzeugindustrie mochte sich immer mehr bemerkbar. Im allgemeinen muß über den Absatz ins Ausland immer wieder gesagt werden, daß die fremdlandische Industrie einen großen Vorrang in der Preisgestaltung hat.

In der Bilanz ist der Beschäftigungsbestand von 820 494 auf 408 756 und der Effektenbestand von 472 230 auf 592 939 RM. gestiegen. Die Warenvorräte sind mit 992 025 (909 785) und die Roh- und Betriebsmaterialien mit 392 538 (316 619) RM. bemerkt. Den Forderungen, die eine Zunahme von 920 082 auf 1 431 774 RM. erfahren haben, stehen der Höhe der Kreditoren mit einer Steigerung von 852 212 auf 1 238 986 RM. gegenüber. Das Unternehmen arbeitet bekanntlich mit einem Aktienkapital von 4 447 500 RM. Ueber den bisherigen Verlauf des neuen Geschäftsjahres und seine Aussichten wird im Vorstandsbericht weiter nach dem Bericht.

Die Konjunktur Ende Mai 1928.

Eine Atempause für die Wirtschaft.

Das vom Institut für Konjunkturforschung herausgegebene erste Vierteljahrsheft des Jahres 1928 erscheint in zwei Teilen. Daron befaßt sich der Teil A mit der deutschen Konjunkturentwicklung im allgemeinen und enthält drei Abschnitte: A. Die volkswirtschaftliche Konjunktur, B. Probleme der Wirtschaftsentwicklung, C. Landwirtschaft und Volkswirtschaft. Teil B enthält Untersuchungen über 1. die Konjunktur einzelner Wirtschaftszweige, 2. die Konjunktur des Auslandes, 3. Zahlenübersichten, sowie einen Anhang: Neue Forschungen zur Konjunkturforschung. Den Untersuchungen der allgemeinen Konjunkturentwicklung (Teil A) ist ein zusammenfassender Ueberblick vorausgeschickt, den wir im folgenden wörtlich wiedergeben:

„Die Beschäftigung hat sich in den letzten Monaten zwar saisonmäßig gehoben, im übrigen aber ihren Stand nicht allgemein behaupten können. Insbesondere sind Produktion und Beschäftigung in den wichtigeren Verbrauchsgüterindustrien weiter gesunken; bei den Produktionsmittelindustrien konnte der verminderte Inlandsablauf durch verstärkten Auslandsablauf in gewissem Grade ausgeglichen werden. Auftragsengpässe und Rohstoffmangel halten sich bei sinkender Tendenz noch auf hohem Stande. Jedoch wachsen die Lagerbestände — wenn auch langsam — wieder an. Während die Umsatzen bisher stärker gestiegen sind als die Preise, verringern sich jetzt die Umsatzen bei fast demselben Preisniveau. Die kurzfristigen Kredite, namentlich die Wechselkredite, haben, bei vermindelter Forderungsnahme der Notenbanken, in Industrie und Handel zugenommen. Eine gewisse Erleichterung ergibt sich allerdings durch den Zufluss von Auslandskapital.“

„Im ganzen ist die gegenwärtige Konjunkturlage dadurch gekennzeichnet, daß die jahreszeitliche Aufwärtsbewegung der Wirtschaft eine Atempause gibt. Eine entscheidende Entspannung ist aber noch nicht eingetreten.“

Ohne die ausländische Kapitalzufuhr hätten die Spannungen sich wahrscheinlich verstärkt. Bei den in den letzten Jahren angewachsenen Kapitalreserven der Volkswirtschaft ist es freilich denkbar, daß sich während der saisonmäßig gegebenen Atempause die Liquidität der Wirtschaft vergrößert und so ein schärferer Rückschlag hintangehalten wird.“

Ueber „Die Konjunktur einzelner Wirtschaftszweige“ enthält der Teil B folgenden allgemeinen Ueberblick:

„In der Landwirtschaft sind bei verhältnismäßig hohen Preisen für Futtermittel die Preise für Vieh und Viehzugnisse gefallen. Die äußerst ungünstigen Schweinepreise haben auf konjunkturmäßig niedrigem Niveau ihren saisonmäßigen Tiefstand erreicht, so daß die Futtermittelverwertung hier besonders verlustreich war. Die Getreidepreise halten sich auf verhältnismäßig günstigen Stand, können aber die Einnahmeförderung in der Viehhaltung nicht ausgleichen. Hierdurch wie auch durch die hohe Zinslast der seit der Stabilisierung aufgenommenen Kredite gestaltet sich die Lage vieler Landwirte weiter recht schwierig. — Die Industrie ist trotz der seit Herbst v. J. zu verzeichnenden leichten Abwärtsbewegung des Tätigkeitsgrades im ganzen weiter auf beschäftigt. Dies gilt namentlich für die Produktionsmittelindustrien. In den Verbrauchsgüterindustrien ist die Geschäftstätigkeit weiter zurückgegangen. — Im Kohlenbergbau hält sich die Förderung auf hohem Stande. Der inländische Kohlenablauf insgesamt zeigt eine geringe, im wesentlichen saisonmäßige bedingte Abnahme, die zu einer Erhöhung der Halbenbestände führte. Im besetzten Gebiet, sowie auf dem Auslandsmarkt ist die Lage infolge des unermüdet anhaltenden Konjunkturkampfes mit der ausländischen Kohle sehr gespannt. — In der eisenhaltenden Industrie ist die Erzeugung, die in den ersten drei Monaten noch über dem hohem Stande des letzten Vierteljahres 1927 lag, im April nicht unerheblich gesunken.“

Auf dem Wege zum Waggontrust.

Am Dienstag haben die anherberberührenden Generalversammlungen der drei Waggonfabriken Sächsische Waggonbau- und Eisenwerk, Waggon- und Maschinenfabrik vorm. Busch in Wausen und Linde-Körmann in Berlin stattgefunden, die über die Vereinigung der drei Gesellschaften zu beschließen hatten, wobei Linde-Körmann die aufnehmende Gesellschaft ist. Wir haben schon über die Beschlässe der Aufsichtsräte berichtet und beschränken uns hier darauf, mitzuteilen, daß alle drei Generalversammlungen dem fusionsvorschlag zugestimmt haben. Im Anschluss an die Generalversammlung der Linde-Körmannwerke A.-G. in Berlin wurden noch folgende Mitteilungen über die Einsetzung des Vereinigungsaußenbüros gemacht:

Die Verhandlungen zum Zusammenschluß der drei Gesellschaften reichen weit zurück. Die Deutsche Waggonbauvereinigung, die der Verwirklichung der Reichsbahnunterträge dient, wird ab Ende nächsten Jahres von Seiten der Reichsbahn kündbar, wenn sie auch fünf Jahre läuft. Es ist daher das Bestreben der deutschen Waggonbaufirmen, ihre Untertanen möglichst zu senken und durch Vertiefung bestimmter Waggontypen eine Verbilligung der Produktion zu erzielen, um auch nach Schluss der Verträge mit der Reichsbahn die Möglichkeit zur Durchführung eines rentablen In- und Auslandsprogramms zu haben. Die Quote der sich nunmehr aufzunehmenden Firmen bei den Reichsbahnunterträgen beläuft sich auf 22,7 Prozent, die freie Quote auf annähernd ebensoviele. Bei dem Zusammenschluß sprach noch die Erwägung mit, ob A. B. bei Linde der Lokomotiven und die Schraubenfabrikation oder bei Busch die

Maschinen- und Apparatefabrikation mit in die Kosten einbezogen werden sollen. Da jedoch die Erzeugnisseherstellung mit Zinsen von 800 PS und im Ausland sogar mit 500 PS begonnen habe, entschloß man sich zur Eingliederung dieser Abteilung, wodurch die Auslandslieferungsbedingung eine Stärkung und auch die Strohkraft gegenüber der Auslandskonkurrenz eine Steigerung erfahre. Auf Grund des neuen Zusammenschlusses sei auch zu hoffen, den Aktionären betriebsdienliche Resultate vorlegen zu können. Die Einführung der jungen Linde-Aktien an der Börse soll mit allem Nachdruck gefördert werden.

5 Prozent Dividende der Seideler-Strassenbahn. Die Seideler-Strassenbahn wird auch für das Geschäftsjahr 1927 eine Dividende von 5 Prozent wie im Vorjahre verteilen.

Aufhebung der O. Schind. Seifenfabrik A.-G. Frankenthal (Wahl). Auf der Tagesordnung der am 26. Juni einberufenen ordentlichen Generalversammlung über die Aufhebung der Gesellschaft und Verschmelzung eines Liquidators.

Warenfabrik Alfred Weiling A.-G., Dresden. Auch für das Geschäftsjahr 1927 setzt der Vorstand eine weitere, sehr erhebliche Steigerung, er hat sich mit 26 728 479 RM. gegen 18 371 720 RM. i. B. (1926) 3 976 102 RM.) mehr als verdoppelt. Andererseits sind 3 336 000 RM. auf die Unkosten von 15 841 953 RM. auf 35 133 102 RM. (1925: 3 336 000 RM.) nach Abschreibungen und Rückstellungen von 1 306 804 (474 911) RM. steht ein Reingewinn von 285 500 (74 822) RM. zur Verfügung, über dessen Verwendung die auf den 8. Juni anberufene G.V. beschließen wird. (Im Vorjahr wurden auf 1 Mill. RM. Aktien 6 Prozent Dividende ausgeschüttet.)

Aus der Landeshaupthalle.

Karlsruhe, den 6. Juni 1928.

Wann ist ein Platz im Zuge belegt?

Immer wieder zeigt es sich, daß das reisende Publikum nicht genau darüber unterrichtet ist, wann ein Platz im Abteil als belegt gilt, oder unter welchen Umständen der Reisende das Anrecht auf einen bereits innegehabten Platz verliert.

In der gleichen Art muß auch ein Platz in den D-Zügen belegt werden. Die an der Nummerntafel neben der Abteiltür als „belegte Plätze“ gekennzeichneten Plätze werden den Inhabern der dazugehörigen 2. Klasse zugeteilt, nur bis zur Abfahrt des Zuges freigegeben.

Reisezeitung von Postkonditionen in der Reisezeit. Allen Personen, die eine Erholungs-, Badereise oder dergleichen unternehmen, ist es rechtlich für die Zeit der Abwesenheit die Nachsicht ihrer Postkonditionen bei der zuständigen Postanstalt ihres Wohnortes zu beantragen.

Schwerkriegerabschlagsfahrt des Motorclubs Karlsruhe. Am Donnerstag den 7. Juni veranstaltet der Motorclub Karlsruhe e. V. (M.V.C.) eine Ausfahrt für Schwerkriegerabschlagsfahrt, zu der sich bis jetzt etwa 120 Teilnehmer angemeldet haben.

Trauerfeier für Reichsbahn-Überinspektor Ludwig Wiemann. Am Freitag, den 8. Juni, wird in der hiesigen Synagoge eine Trauerfeier für Reichsbahn-Überinspektor Ludwig Wiemann abgehalten. Der Verstorbene war ein Mann von großem Charakter, dessen Eigenschaften nicht nur in der Arbeit, sondern auch in der Familie zum Ausdruck kamen.

Tagung der Betriebskrankenkassen.

Der Verband zur Wahrung der Interessen der deutschen Betriebskrankenkassen (Sich Essen) hat als Tagungsort für seine diesjährige Versammlung Karlsruhe gewählt. Gegen 2000 Vertreter von Betriebskrankenkassen aus allen Teilen des Reiches werden einige Tage in unserer Stadt. Am Dienstag fand die geschlossene Hauptversammlung des Verbandes statt.

Ueber den gegenwärtigen Stand der Kassenarzfrage sprach das geschäftsführende Vorstandsmitglied des Verbandes, Heinrich Esser, Essen. Die gesundheitliche Entwicklung der Kassenarzfrage wurde eingehend geschildert. Der Vortragende ging sodann auf die gegenwärtige gesetzliche Regelung der Beziehungen zwischen Krankenkassen und Ärzten ein.

Stimmen aus dem Weiskreis.

(Für die unter dieser Rubrik stehenden Artikel übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Nachkänge zum Grenadierfest.

Während in Karlsruhe, was leider selten vorkommt, viele Tausende von Fremden zusammen kommen und die ganze Stadt bemist ist, ihren alten Volksgrenadiern und deren Angehörigen schöne Stunden zu bereiten, wartet das Landestheater mit einem höchst merkwürdigen Spielplan auf.

Voranzeigen der Veranstalter.

(Kaffee-Diner. Im heutigen Mittwoch-Sonderkonzert kommt als Einlage Mozarts Klaviertrio Nr. 5 Obzur zum Vortrag. Musikfreunde seien darauf hingewiesen. (Siehe die Anzeige).

Turnen + Tugun + Tugun

Neue Sport-Nachrichten der Badischen Presse

Die Meldungen zur 13. Karlsruher Ruderregatta.

Am Freitag fand der Meldeschluß und die Startverlosung der hiesigen Regatta (17. Juni) statt. Das Meldeergebnis ist auch in diesem Jahre sehr zahlreich ausgefallen.

Württembergs Rudervereine, darunter der Ulmer Ruderclub „Donau“, sind nahezu vollständig am Start. Ebenso die Vereine aus dem Mannheimer und Heidelberger Ruderrevier.

Für den 1. Bierer und den 2. Bierer ohne Steuern hat nur der Heidelberger R.K., für den 2. Bierer „ohne“ nur der R.K. v. 1879 seine Meldung abgegeben.

- 1. Uchter: Heidelberg R.K., Karlsruher R.K. v. 1879, Rheinclub „Memannia“. 2. Uchter: Rheinclub „Memannia“, Karlsruher R.K. v. 1879, Stuttgarter R.K., Wormser R.K. 3. Uchter: Heilbronner R.K., Schwaben, Cannstatter R.K., Saarbrücker R.K., „Undine“, Rheinclub „Memannia“, Mannheimer R.K., Baden. 2. Bierer: R.K. Ludwigshafen, Rheinclub „Memannia“, Mainzer R.K., Cothheim-Guitarsburg, R.K. v. 1879, Stuttgarter R.K., Universität Frankfurt, Saarbrücker R.K., „Undine“, Mannheimer R.K., Baden, Ulmer R.K., „Donau“. 1. Einer: R.K. Worms, R.K. Ludwigshafen, Mainzer R.K., Karlsruher R.K., „Oberrad“, Ulmer Ruderclub „Donau“. Juniors-Einer: Ulmer R.K., „Donau“, Frankfurter R.K., „Oberrad“, R.K. Heilbronn, Rheinclub „Memannia“. Zweier ohne: Wormser R.K., R.K. v. 1879, Heidelberg Ruderclub „Donau“, R.K. Worms. Juniors-Einer: Mainzer R.K., Frankfurter R.K., „Oberrad“, Rheinclub „Memannia“, Heidelberg R.K., R.K. Heilbronn. Juniors-Bierer: Mannheimer R.K., Cannstatter R.K., R.K. Heilbronn, Wormser R.K., R.K. Worms, Karlsruher R.K., R.K. Heilbronn, Saarbrücker R.K., „Undine“, Heilbronner R.K., „Schwaben“. Juniors-Uchter: Heilbronner R.K., Schwaben, Mannheimer R.K., R.K. v. 1879, R.K. Worms, Mannheimer R.K.

Abschluss der Eislaufer- und Tennisvereine. Anlässlich des internen Abschlusses des Karlsruher Eislaufer- und Tennisvereins, das vom Freitag, den 7. Juni bis einschließlich Sonntag, den 10. Juni auf seinen Plätzen — Albiportplatz, Kähler Krug ausgetragen wird, außer den üblichen Klubmitgliedern-Konkurrenzen eine Werbekonkurrenz, offen für alle Karlsruher Spielerinnen und Spieler, ausgetragen. Zur Entscheidung kommt ein Herren-Einzel ohne Vorgabe und ein Damen-Einzel ohne Vorgabe.

Die Meisterschaften in den vollstündlichen Meldungen trägt der X. Turnkreis am 10. Juni auf dem M.A.B.-Platz in Karlsruhe aus. Die Zahl der bis jetzt abgegebenen Meldungen ist über Erwartung groß, so daß außerordentlich spannende Kämpfe zu erwarten sein werden.

Die süddeutschen Schwimm-Meisterschaften (Kreis V des D.S.B.) gelangen durch den Ersten Frankfurter S.C. für den 30. Juni und 1. Juli zur Ausschreibung.

Hans Breitensträter holt am 23. Juni wahrscheinlich in Paris gegen den französischen Halbschwergewichtsmeister Wolfe Bouquillon. Einen Weltrekord im Hochsprung der Damen stellte die Belgierin Stevens mit 1,53 Meter auf.

AUSVERKAUF WEGEN ÜBERGABE DES GESCHÄFTES bis zu 50% Nachlaß Schuhhaus ERIKA am Ludwigsplatz

